

Tarifrunden

Wir haben
unseren Preis,
weil wir
Eure Preise
zahlen müssen

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband

Dezember
2009

Tarifrunden

- 3 Zu den Tarifrunden 2010: Was ist zu verteilen?**
von Dr. Friedrich Sendelbeck
- 5 Quadratur des Kreises**
von Manfred Doetsch und Max Hufnagel
- 6 Worum es geht und was wir wollen**
Ilona Deckwerth interviewt Peter Jonas vom GEW-Hauptvorstand
- 8 Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde**
von Günther Mitteregger
- 11 Erlesenes zum Thema**
Erfolge mussten hart erkämpft werden
84 Jahre Tarifpolitik der Metall-Gewerkschaft
von Thilo Castner

Was es sonst noch gibt

- 12 Eine Ära geht zu Ende**
Brief von Günther Mitteregger an Günther Schedel-Gschwendtner
- 13 Grüß Gott, ich bin der Neue!**
Brief von Björn Köhler
- 14 Bildungsstreik geht weiter**
Rede von Martin Gruber auf der Abschlusskundgebung des Bildungsstreiks
in München
- 16 Kooperationsklassen – davon profitieren alle!**
Ein Kongressbericht
von Prof. Dr. Ulrich Heimlich

Rubriken

- 18 Dies und Das**
- 21 Veranstaltungen**
- 22 Glückwünsche und Dank**
- 24 Kontakte**

**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle
mit Beratung für GEW-Mitglieder:
Montag und Donnerstag
von 13.00 - 16.00 Uhr • Tel.: 0 89-54 37 99 59
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,
auch in diesem Jahr verabschiedet sich die DDS-
Redaktion wieder bis zum Februar des nächsten
Jahres. Wir machen eine kleine Pause. Denn im
Januar erscheint, wie üblich, keine DDS.**

**Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen ge-
ruhsame Feiertage und einen guten Beginn des
Jahres 2010.**

Die Redaktion

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung,
Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle,
GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn
es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen
gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Die Kassen sind leer, lamentieren die öffentlichen Arbeitge-
ber vor der Tarifrunde. Manche sehen das anders. Zum Beispiel Herr
Ackermann. Hat doch gut geklappt mit den Steuermitteln für die Ban-
kenrettung, denkt er scheinbar. Das probieren wir gleich nochmal. Und
er fordert Staatsgelder für einen Banken-Notfallfonds – die nächste
Krise käme bestimmt, weil Banken auch weiterhin riskante Geschäfte
eingehen müssten, wenn sie der Gesellschaft nützen wollten. Ohne
Risiko gäbe es nunmal keinen Fortschritt. Was aber Herr Ackermann
als gesellschaftlichen Fortschritt definiert, lässt er uns ahnen: 25 %
Rendite auf das Eigenkapital seiner Bank, »... ohne Gewinn ist alles
nichts« (SZ-Interview vom 20.11.09). Also je höher der Gewinn, desto
fortschrittlicher die Gesellschaft. Na prima! Dann können wir uns den
ganzen anderen Sums ja sparen: KiTas, Schulen, Universitäten, soziale
Einrichtungen. Bisher dachten wir immer, an deren Qualität ließe sich
gesellschaftlicher Fortschritt festmachen und daran, wie es den Men-
schen geht in einem Land. Ob sie z. B. eine Arbeit haben, von der sie
auch leben können – und zwar auf einem Niveau, das jenem des Lan-
des adäquat ist. Wie sind wir doch naiv! Aber fast werden wir versöhnt,
als Herr Ackermann auch noch die soziale Intention seiner Forderung
erläutert: »... ohne Gewinn ist alles nichts: Nur mit Gewinn können Sie
Arbeitsplätze schaffen ...« Bravo, Herr Ackermann! Da lacht unser Ge-
werkschaftsherz. Dummerweise erinnern wir uns aber noch, dass die
Deutsche Bank in dem Jahr, als sie den höchsten Milliardengewinn
ihrer Geschichte einfuhr, Tausende Arbeitsplätze abbaute. Irgendwas
passt da nicht.

Karin Just

Wichtig! ... Wichtig! ... Wichtig! ... Wichtig!

Beitragsquittung 2009

Die Februar-Ausgabe 2010 von »Erziehung und Wissenschaft«
wird wieder als Beilage die Beitragsquittung für das Jahr 2009
enthalten.

Wir bitten deshalb um Aufmerksamkeit.

Diese Beitragsquittung enthält naturgemäß persönliche Daten
und muss dementsprechend vor fremden Blicken geschützt wer-
den. Sie wird deswegen wieder durch Perforation bzw.
Verklebung wie ein Brief verschlossen.

Wer trotzdem Datenschutzbedenken hat und deswegen die
Quittung nicht auf diesem Wege zugeschickt bekommen will,
möge dies bitte bis spätestens 15. Dezember 2009 in der GEW-
Landesgeschäftsstelle melden:

GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München

Fax: 0 89/5 38 94 87; E-Mail: gn@bayern.gew.de

Sie bzw. er wird dann vom Versand der Beitragsquittung ausge-
nommen.

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
(GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München,
☎ 0 89-5 4 4 0 8 1 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.gew-bayern.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München, ☎ 0 89-51 00 91 02
oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-538 94 87
E-Mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Hannes Henjes, Sabine Herzig, Petra
Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger, Wolfram Witte.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Karin Just; privat

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffen-
den VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern
oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine
Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor.
Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbe-
griffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis
der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Zu den Tarifrunden 2010: Was ist zu verteilen?

In Tarifrunden kann nur über die Verteilung dessen geredet werden, was da ist. Aber was ist da? Hier lohnt ein Blick auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP):

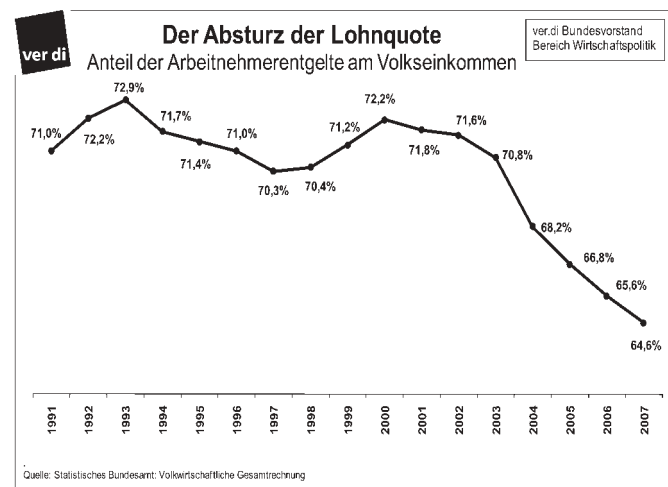
Jahr	Bruttoinlandsprodukt (BIP)	BIP je Erwerbstätigen
1993	1.694,4 Mrd. Euro	45.117 Euro
2008	2.495,8 Mrd. Euro	61.963 Euro

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Wirtschaft, 2. Quartal 2009

Der Faktor Lohnquote

Da also das BIP in den letzten 15 Jahren etwa um 50 % gestiegen ist, hätten auch die Einkommen der Beschäftigten um diesen Satz steigen können, ohne einer anderen Gruppe etwas wegzunehmen. Dass die Löhne und Gehälter heute aber keineswegs um 50 % höher sind als vor 15 Jahren, kann jede und jeder am eigenen Geldbeutel nachprüfen.

Fakt ist nämlich: Die Lohnquote hat sich in diesen 15 Jahren so entwickelt:

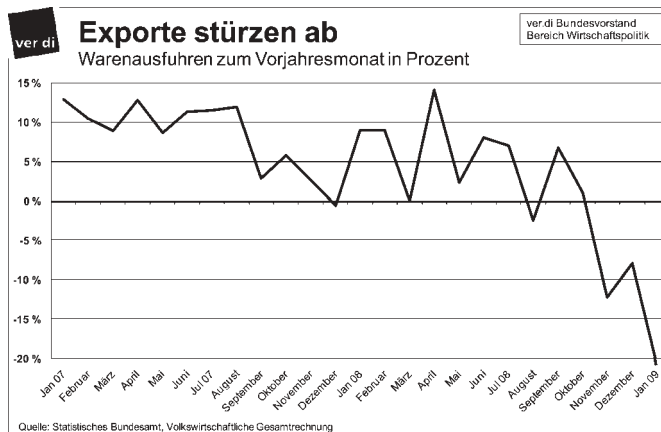


Die gesunkene Lohnquote ist letztlich auch eine der wesentlichen Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Wenn nämlich die Lohnquote sinkt, verringert sich auch die Nachfrage im Binnenmarkt. Die Folge ist: Das zusätzliche Mehrprodukt muss in den Export gehen, ohne dass dafür im gleichen Umfang importiert wird (die entsprechende Kaufkraft ist im Inland weder für das eigene Mehrprodukt noch für Importprodukte vorhanden).

Der Faktor Export

Nicht verwunderlich, dass »wir« seit Jahren Export-Überschuss-Weltmeister sind! Aus gutem Grund verbietet das Stabilitätsgesetz von 1967 solches Exportverhalten. Import und Export hätten demnach ausgeglichen zu sein. Sind bei-

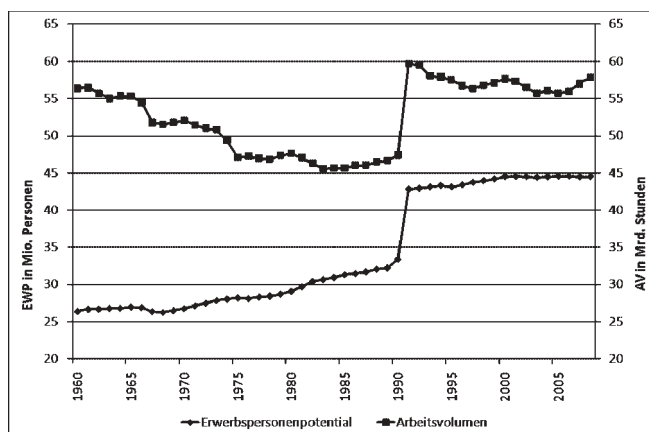
de im Ungleichgewicht, bedeutet das in diesem Fall die Störung der Wirtschaft anderer Länder und den Export von Arbeitslosigkeit und langfristig die Einschränkung der deutschen Exportchancen. Die Quittung erfolgt seit Ende 2008:



Sicherlich haben die politischen Rahmenbedingungen (Befristung, Ausbau der prekären Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit etc.) die Kraft der Beschäftigten geschwächt, sich ihren Anteil vom ständig durch ihre Arbeit größer gewordenen Kuchen zu holen. Aber sind nicht die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften diejenigen, die Entgelttarifverträge zu verantworten haben?

Der Faktor Arbeitsvolumen

Das Absinken der Lohnquote ist aber nur die eine Seite des tarifpolitischen Zurückweichens der Beschäftigten. Ein weiterer Blick muss auf die Entwicklung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens gerichtet werden. Hier sieht es für den gleichen Zeitraum so aus:



Ein Blick in das Internet-Lexikon Wikipedia sei hier erlaubt:

»Das Arbeitsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland sinkt in seiner Tendenz seit 1960. Lediglich in den Phasen der Hochkon-

junktur stieg es jeweils vorübergehend an. Das Arbeitsvolumen sinkt, wenn die gesamte Wirtschaftsleistung eines Landes (BIP) langsamer wächst als die Arbeitsproduktivität (AP = Wirtschaftsleistung der Beschäftigten pro Stunde). Dies war in Deutschland langfristig seit 1960 immer der Fall, d. h. die Arbeitsproduktivität ist im Dekadenvergleich immer schneller gewachsen als das BIP.

Diese Entwicklung hatte zur Folge, dass das Arbeitsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland 1960 und 2008 fast identisch (ca. 57 Mrd. Stunden) war, obwohl das Erwerbspersonenpotential seit 1960 von rund 26 Mio. auf 44,5 Mio. Personen gestiegen ist.

Gegenwärtig würden 31,8 Mio. Erwerbstätige in Vollzeit (40 Stunden/Woche) zur Bewältigung des Arbeitsvolumens ausreichen, sodass ca. 13 Mio. Menschen von offener Arbeitslosigkeit betroffen wären. Bei einer 2005 in der Diskussion befindlichen Verlängerung der regulären Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche (analog 1956) wäre die Zahl der Arbeitslosen noch höher (ca. 18,5 Mio.). Hingegen würde eine Gleichverteilung von Arbeit bei einem aktuellen Erwerbspersonenpotential von 44,5 Mio. Menschen zu einer Wochenarbeitszeit von ca. 30 Stunden führen.«

Quelle: Wikipedia, Arbeitsvolumen

Es ist also höchste Zeit, dass die Frage der Arbeitszeitverkürzung wieder ein tarifpolitisches Thema wird. Oder wollen wir dem Irrsinn weiterhin nur zusehen, dass auf der einen Seite das gesellschaftliche Arbeitszeitvolumen sinkt, auf der anderen Seite aber die Vollzeitbeschäftigten mehr arbeiten sollen und zum »Ausgleich« sonst noch höherer Arbeitslosenzahlen Mini-, Midi- und sonstige prekäre Beschäftigung ständig ausgeweitet wird?

Die Forderungen kommender Tarifrunden – nicht nur der nächsten – können also nur sein: Die Lohnquote muss wieder steigen und Arbeitszeitverkürzung im gleichen Maß, wie sich das gesellschaftliche Arbeitsvolumen verringert. In beiden Bereichen haben wir reichlich Nachholbedarf!

von Dr. Friedrich Sendelbeck

Gewerkschaftssekretär bei ver.di
Mitglied des Kreisvorstandes der GEW Nürnberg



Abschließend möchten wir noch eine jener Grafiken bringen, die der Bereich Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand regelmäßig erarbeitet. Sie zeigt die Entwicklung der Vermögensverteilung – auch nicht uninteressant, wenn es um die Frage von Tarifforderungen geht.

Wir empfehlen die Homepage http://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitik_aktuell



Die Stadt Nürnberg ist der zweitgrößte bayerische kommunale Schulträger. Wir können Ihnen deshalb vielfältige Einsatzmöglichkeiten bieten, z. B. auch Tätigkeiten an Schulen mit gebundenen Ganztagesklassen und an der Partnerschule des Leistungssports, im Bereich der Gymnasien neben dem Einsatz an den Regelgymnasien z. B. auch Unterricht in den musischen und wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungsrichtungen. Im Bereich der Gymnasien und Realschulen werden ca. 7.000 Schüler/innen von rund 600 Lehrkräften an 5 Gymnasien/gymnasialen Zügen, einem Kolleg, 4 Realschulen/Realschulzügen und einer Abendrealschule unterrichtet. Alle unsere Schulen sind im Stadtbereich angesiedelt und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bestens zu erreichen.

Wir suchen zum Februar 2010 und September 2010

Lehrkräfte für das Lehramt an Gymnasien

mit der Anstellungsprüfung in den Fächern

- Deutsch
- Geschichte
- Englisch
- Latein
- Französisch
- Spanisch
- Italienisch
- kath. Religion
- evang. Religion
- Geographie
- Mathematik
- Physik
- Biologie
- Chemie
- Kunst
- Sport (weiblich/männlich)
- Sozialkunde
- Informatik
- Wirtschaft/Recht
- Musik

sowie

Lehrkräfte für das Lehramt an Realschulen

mit der Anstellungsprüfung in den Fächern

- Deutsch
- Geschichte
- Englisch
- Französisch
- Geographie
- Biologie
- Chemie
- Sport (weiblich/männlich)
- Mathematik
- Physik
- Informationstechnologie
- kath. Religion
- evang. Religion
- Werken
- Sozialwesen/Soziallehre

Wir erwarten, dass Sie als qualifizierte/r Pädagogin/Pädagoge mit Können und Engagement helfen, die Qualität der schulischen Ausbildung in Nürnberg zu sichern.

Wir bieten eine Einstellung im Beamtenverhältnis bei Erfüllung beamtenrechtlicher Voraussetzungen, andernfalls im Angestelltenverhältnis. Auf das Beschäftigungsverhältnis finden die üblichen beamtenrechtlichen bzw. tarifrechtlichen Bestimmungen (z. B. Bayer. Beamtengesetz, Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) Anwendung.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte mit aussagefähigen Bewerbungsunterlagen an die **Stadt Nürnberg, Personalamt, Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg**. Bitte verwenden Sie nur Kopien, weil eine Rücksendung der Unterlagen nicht erfolgen kann. Telefonisch erreichen Sie uns unter (0911) 231-2518.

Die Stadt Nürnberg fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Frauenförderplan ist Bestandteil unserer Personalarbeit. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer zu erleichtern, wird, entsprechend den rechtlichen Vorgaben, Teilzeitarbeit ermöglicht. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt. Wir freuen uns, wenn sich Bewerberinnen und Bewerber aller Nationalitäten angesprochen fühlen.



Quadratur des Kreises

Am 28.09.09 hat die Bundestarifkommission einstimmig einen Strukturvorschlag für die tarifliche Eingruppierung der Lehrkräfte an Schulen und Lehrenden an Hochschulen beschlossen. Mit diesem Strukturvorschlag unter dem Motto »Besser gleich« geht die GEW in die Gespräche mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder.

Ein wesentliches Ziel dieser Verhandlungen ist es, den durch nichts zu rechtfertigenden Unterschied in der Nettozahlung zwischen angestellten und verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern auszugleichen.

Die Formulierung dieses Strukturvorschlags war beschwerlich, sie mag für manche dem Versuch der Quadratur des Kreises geähnel haben. Galt es doch, alle Lehrkräfte in diesem Raster zu erfassen und sie so wasserdicht der jeweiligen Entgeltgruppe zuzuordnen, dass dem Arbeitgeber möglichst kein Spielraum gelassen wird, im Zweifelsfall eine Lehrkraft in die nächst niedrigere Entgeltgruppe einzugruppieren. So soll sich dort der Gymnasiallehrer als Tarifbeschäftigter genauso finden wie die heilpädagogische Unterrichtshilfe ohne Zusatzausbildung oder die unterrichtende Sozialpädagogin an der Fachakademie und der Werkstattlehrer in den beruflichen Schulen.

Dumping-Entlohnung muss der Vergangenheit angehören. Andererseits ist ja bekannt, wie sehr das Kultusministerium immer wieder vom LehrerInnenmangel überrascht wird. Schnell ist der Dienstherr dann bereit, QuereinsteigerInnen den Einstieg materiell zu versüßen. Auch diese Form der BilliglehrerInnen dürfte bei der Entgeltordnung schwer möglich sein.

Wollte man alle Lehrkräfte der Republik mit ihren Bezeichnungen, Profilen und Qualifikationen einzeln aufzählen, würde sicher aus der Struktur ein Buch. Zwischen den Bundesländern und den Schulformen in den einzelnen Bundesländern gibt es die verschiedensten pädagogischen Professionen. Wer sich schon einmal die bisher geltenden – von den Arbeitgebern einseitig festgelegten – detaillierten Richtlinien angesehen hat, weiß, wovon die Rede ist.

Eine tarifierbare Entgeltordnung muss vollständig und diskriminierungsfrei, allerdings auch handhabbar sein. Sonst ließe sich das gewerkschaftliche Ziel nicht verwirklichen, bundeseinheitliche Rahmenregelungen zu schaffen, die unter Umständen landesspezifische Regelungen nach oben zulassen müssen.

Die begonnenen Tarifverhandlungen betreffen nicht nur die landesbeschäftigten Lehrkräfte. Vielmehr ist im Zusammenhang mit dem Tarifabschluss für kommunal beschäftigte Lehrkräfte 2008 vereinbart worden, dass Verhandlungen zur Tarifierung der Eingruppierung von Lehrkräften unter Berücksichtigung der entsprechenden Entwicklungen bei den Ländern aufgenommen werden. Des Weiteren müssen auch die Beschäftigten, die in Schulen, die nicht in öffentlicher Hand sind, aber den TV-L anwenden, bzw. noch dazu gebracht werden müssen, einen Tarifvertrag anzuwen-



den, sehr genau beobachten, ob diese Entgeltordnung ihre Interessen berücksichtigt.

Wer sich in dem nun breit gestreuten Strukturvorschlag nicht wiedergefunden hat, hatte Gelegenheit, am 14.11.09 in Nürnberg beim halbjährlichen Treffen der angestellten Lehrkräfte sein Anliegen vorzutragen. Dort war Peter Jonas anwesend, der maßgeblich an der Entstehung des Strukturvorschlags beteiligt war und alle Tarifverhandlungen als Experte begleitet.

Wie ist nun dieses Raster entstanden? In der Strategiekonferenz im Juni, in der alle Bundesländer vertreten waren, wurde das Schema entworfen und gefüllt. Dem Redaktionsteam oblag dann die schwierige Aufgabe, eine brauchbare Zusammenfassung zu liefern. Bis zur Sitzung der Bundestarifkommission am 28.09.09 bestand noch Gelegenheit, Änderungswünsche zu äußern. Die BTK befand, dass der Vorschlag nun vollständig und schlüssig ist. Sie zollte dem Team unter Federführung von Ilse Schaad hohen Respekt, das diese komplexe Aufgabe so hervorragend gelöst hat.

Ob das Raster so durchsetzbar ist, müssen die Tarifverhandlungen zeigen. Das Ergebnis hängt natürlich von unserer Kampagnenfähigkeit ab. Also, lasset uns mehr werden, getreu dem Motto »Besser Gleich« zur GEW.



**von Manfred Doetsch
und Max Hufnagel**

Mitglieder der Bundestarifkommission
und der Landestarifkommission der
GEW Bayern



Worum es geht und was wir wollen

Ilona Deckwerth, stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Bayern und zuständig für Tarifpolitik, befragte anlässlich einer Veranstaltung für angestellte Lehrkräfte in Nürnberg den Referenten für Angestellten- und Beamtenpolitik beim Hauptvorstand der GEW Peter Jonas zu den Zielen der Eingruppierungs-Verhandlungen:

Was sind denn die Schwerpunkte der aktuellen Verhandlungen? Worum geht es eigentlich?

Verhandelt wird ein neues tarifliches Eingruppierungsrecht für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), der mit Ausnahme von Berlin und Hessen alle Bundesländer angehören. Grundlage hierfür ist die Tarifvereinbarung, die mit der TdL am 1. März 2009 getroffen wurde, wonach in einem ersten Schritt, der im Dezember 2009 abgeschlossen sein soll, die Tätigkeitsmerkmale des jetzigen Eingruppierungsrechts überarbeitet und gegebenenfalls neue Tätigkeitsmerkmale geschaffen werden. In einem zweiten Schritt sollen dann sogenannte Testläufe für das von den Gewerkschaften diskutierte Modell einer neuen Entgeltordnung durchgeführt werden. Eine Kernforderung der Gewerkschaften ist für die erste Phase, in der es um die Überarbeitung des bestehenden Eingruppierungsrechts geht, die weggefallenen Bewährungs- und Tätigkeitsaufstiege und Vergütungsgruppenzulagen wieder hereinzuholen. Das betrifft insbesondere die nach dem 31. Oktober 2006 neu eingestellten Beschäftigten in den Entgeltgruppen zwei bis acht.

Am 1. März 2009 wurde auch vereinbart, die Eingruppierung von Lehrkräften tarifvertraglich zu regeln. Für den Westen würde das bedeuten, dass auch für Lehrkräfte ein Stück Normalität hergestellt wird, indem ihre Eingruppierung als ein wichtiger Faktor für ihre jeweilige Entlohnung mit den Gewerkschaften ausgehandelt und kollektivrechtlich geregelt wird. Zurzeit fehlt eine solche tarifliche Regelung. Lehrkräfte werden immer noch aufgrund von Richtlinien einseitig durch den Arbeitgeber eingruppiert. Das will die GEW ändern.

Von der TdL wurde der GEW am 29. September 2009 zugesichert, dass in der Verhandlungsrunde am 4./5. November 2009 ein Verhandlungs- und Ablaufplan für die Verhandlungen zur Eingruppierung von Lehrkräften vereinbart wird. Hierzu hat sich die TdL außerstande gesehen. Anstelle eines solchen Planes wurde zunächst als ein erster Verhandlungstermin der 8. Dezember 2009 vereinbart.

Wer sind die betroffenen Berufs- bzw. Beschäftigtengruppen?

Von den Verhandlungen zum Eingruppierungsrecht im Länderbereich sind alle Beschäftigten der zur TdL gehörenden Länder erfasst, die unter den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) fallen. Im Organisationsbereich der GEW gehören hierzu die Lehrkräfte, die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder und auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Hochschulen. Zu den Lehrkräften gehören die Lehrerinnen und Lehrer und weitere Beschäftigtengruppen wie zum Beispiel die Fachlehrerinnen/Fachlehrer, die Fachpraxislehrerinnen/Fachpraxislehrer, die Werkstattlehrerinnen/Werkstattlehrer, die heilpädagogischen Förderlehrerinnen/Förderlehrer und die

Lehrkräfte für besondere Aufgaben an den Hochschulen. Zu beachten ist, dass Lehrkräfte, namentlich in Bayern, nicht nur beim Land Bayern beschäftigt sind. In den größeren Städten Bayerns stehen die Lehrkräfte an Schulen in einem Arbeitsverhältnis zur Stadt. Das bedeutet aber auch, dass die Verhandlungsergebnisse zur Eingruppierung mit der TdL nicht auch sofort für die kommunal beschäftigten Lehrkräfte wirksam werden. Hierzu bedarf es gesonderter Verhandlungen mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände bzw. dem Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern, die den Verhandlungen mit der TdL folgen müssen.

Warum wird diese Thematik erst jetzt verhandelt und nicht schon bei der Entstehung des TV-L/TVöD?

Als die Neugestaltung des Tarifrechts für den öffentlichen Dienst vor ca. sechs bis sieben Jahren geplant wurde, war vorgesehen, den TV-L/TVöD und das Überleitungsrecht hierzu zusammen mit einem neuen Eingruppierungsrecht in Kraft zu setzen. Diese Planungen haben sich nicht bestätigt. Bereits bei den Verhandlungen zum TVöD war klar, dass parallel zu diesen Verhandlungen nicht auch ein neues Eingruppierungsrecht mit seinen vielen Tätigkeitsmerkmalen verhandelt werden kann. Deshalb wurde die Verhandlung des Eingruppierungsrechts abgekoppelt. Ob das eine richtige Lösung war, ist aus heutiger Sicht zweifelhaft. Immerhin bewegt sich im Bereich der kommunalen Arbeitgeber so gut wie nichts.

Die Vereinbarung zur Tarifierung der Eingruppierung von Lehrkräften ist allerdings ein Ergebnis der Neugestaltung des Tarifrechts für den öffentlichen Dienst. Ohne den Neugestaltungsprozess bestünde keine Aussicht für die Überwindung der Praxis, dass der Arbeitgeber die Eingruppierung einseitig bestimmt. Unter anderem auch deshalb hat die GEW dem neuen Tarifrecht zugestimmt. Jetzt kommt es darauf an, diese Zusage zu nutzen und für die Lehrkräfte ein gerechtes tarifliches Eingruppierungsrecht durchzusetzen, mit dem auch die Verluste gegenüber dem BAT kompensiert werden.

Was sind die Leitlinien unserer GEW-Forderungen?

Die GEW hat in einem fast dreijährigen Diskussionsprozess die Forderungen zur Eingruppierung von Lehrkräften und von Lehrenden an Hochschulen entwickelt.

Kernpunkte sind:

- Für Lehrkräfte soll es eine vollständige tarifliche Eingruppierung geben. Es soll auch für sie wie für alle anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die sogenannte Tarifautomatik gelten.



Peter Jonas während seines Referates

- Die tarifliche Eingruppierung von Lehrkräften soll so weit wie möglich bundeseinheitlich geltende Tätigkeitsmerkmale enthalten. Nur in denjenigen Ausnahmefällen, in denen ein Tätigkeitsmerkmal für Lehrkräfte nur für ein Land von Bedeutung ist, soll eine entsprechende landesbezogene Regelung möglich sein. Damit will die GEW auch die Mobilität fördern, indem die Bezahlung beim Wechsel in ein anderes Bundesland erhalten bleibt.
- Die Eingruppierung von Lehrerinnen und Lehrern soll sich nicht mehr nach Schularten und Schulformen richten. Auch wenn sich die Tätigkeiten inhaltlich unterscheiden, ist der Kompliziertheitsgrad der Tätigkeit von Lehrerinnen und Lehrern gleich.
- Die GEW fordert deshalb für alle Lehrkräfte, die als Lehrerinnen/Lehrer tätig sind und über eine wissenschaftliche Hochschulausbildung mit Referendariat verfügen, als Eckeingruppierung die Entgeltgruppe 14, die der alten Vergütungsgruppe I b BAT entspricht. Die geforderte Eckeingruppierung würde auch für die anderen Beschäftigten, die zur Gruppe der Lehrkräfte gehören, eine deutliche Aufwertung bedeuten. Während zurzeit die niedrigste Eingruppierung für Lehrkräfte die Vergütungsgruppe VI b (Entgeltgruppe 6) ist, würde die Durchsetzung der GEW-Forderung dazu führen, dass die niedrigste Entgeltgruppe die Entgeltgruppe 10 ist.
- Lehrkräfte, die nicht über die erforderliche Qualifikation verfügen, sollen zunächst eine Entgeltgruppe tiefer eingruppiert sein. Der Arbeitgeber soll in diesen Fällen verpflichtet werden, den Lehrkräften Gelegenheit zur Nachholung der Qualifikation zu geben. Kommt der Arbeitgeber dieser Verpflichtung nicht nach, soll die Lehrkraft nach einer bestimmten Zeit der Bewährung in der Tätigkeit in die jeweils höhere Entgeltgruppe eingruppiert sein.

Wie können wir unsere Forderungen durchsetzen?

Es liegt auf der Hand, dass die Forderungen der GEW am Verhandlungstisch allein nicht durchgesetzt werden können. Die GEW ist deshalb gut beraten, sich auf eine harte Tarifaueinandersetzung mit der TdL einzustellen. Das weiß auch die TdL, die heute alles versucht, um die Verhandlungen hinauszuzögern und die GEW hinzuhalten. Deshalb ist es erforderlich, dass wir in einer ersten Phase der Arbeitgeberseite deutlich machen, dass es uns mit den Forderungen zur Eingruppierung von Lehrkräften ernst ist. Die TdL soll wissen, dass für die Lehrkräfte die Eingruppierungsverhandlungen keine Nebensächlichkeiten sind und von ihnen aufmerksam verfolgt werden. Das bedeutet auch, dass die Forderungen der GEW viel breiter als bisher diskutiert werden müssen und für sie geworben wird.

Die Durchsetzungsfähigkeit von Gewerkschaften wächst mit ihrer Organisationsstärke. Deshalb muss die Tarifaueinandersetzung mit der TdL auch für die Mitgliederwerbung genutzt werden.

Die GEW wird auch in der Tarifaueinandersetzung mit der TdL nicht in verantwortungsloser Weise Streiks durchführen. Ob, wann und wo für die Durchsetzung der Ein-

gruppierungsforderungen der GEW gestreikt wird, hängt deshalb entscheidend vom Verhalten der TdL ab.

Welche Rolle können verbeamtete Lehrkräfte übernehmen? Können sie solidarisch streiken?

Nach deutschem Recht dürfen Beamtinnen und Beamte nicht streiken. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie sich nicht in geeigneter Weise mit den Streikenden solidarisieren dürfen und gehindert sind, sich außerhalb der Unterrichtszeit an Aktionen der Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Eingruppierungsforderungen zu beteiligen. Denn auch für die Beamtinnen und Beamten gibt es das Koalitionsrecht und die Freiheit, sich koalitionsförmig zu betätigen. Nehmen Beamtinnen und Beamte an Streikaktionen teil, indem sie Unterricht ausfallen lassen, ist dies eine Verletzung ihrer Pflichten aus dem Beamtenverhältnis, die disziplinarisch verfolgt werden kann. Die Erfahrung zeigt, dass das Ob und Wie der Reaktion eines Dienstherrn auf einen Beamtenstreik sehr von der Anzahl der Beamtinnen und Beamten, die sich an dem Streik beteiligt haben, abhängt.

Handelt die GEW hier allein?

An den Verhandlungen für den allgemeinen Teil eines neuen tariflichen Eingruppierungsrechts im Länderbereich sind neben der GEW ver.di, die Gewerkschaft der Polizei und die Tarifunion im Deutschen Beamtenbund beteiligt. Die Federführung liegt für diese Verhandlungen bei ver.di.

Bei den Verhandlungen zur Eingruppierung von Lehrkräften liegt dagegen die Federführung bei der GEW. Deshalb besteht auch die Sondierungskommission für diese Verhandlungen aus drei VertreterInnen der GEW, zwei VertreterInnen der Tarifunion im Deutschen Beamtenbund und einem Vertreter bzw. einer Vertreterin von ver.di.

Welche Rolle spielen hier die anderen Verbände wie z. B. Philologenverband, Deutscher Beamtenbund ...?

Der Deutsche Philologenverband und zwischenzeitlich auch eine Reihe weiterer Verbände im Deutschen Beamtenbund haben Schwierigkeiten damit, sich den Forderungen der GEW zum tariflichen Eingruppierungsrecht anzuschließen. Der Hauptgrund hierfür ist die von der GEW geforderte Eckeingruppierung. Die GEW wird sich von der Politik des Deutschen Philologenverbandes nicht beeindruckt lassen, zumal der Deutsche Philologenverband überhaupt keine Tarifverhandlungen führt. Seitens des Deutschen Beamtenbundes ist an den Verhandlungen die Tarifunion beteiligt, mit der die GEW konstruktiv zusammenarbeitet.



Angestellte Lehrkräfte informieren sich



Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde

Ein kurzer Rückblick

Am 15. Oktober 2009 wurden mit dem letzten Termin der Redaktionssitzungen die letzten Details zum Tarifvertrag der betrieblichen Gesundheitsförderung und zur neuen Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst geklärt. Damit steht der Umsetzung des Tarifergebnisses nichts mehr im Wege. Ab 1. November 2009 gilt für alle Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen eine neue Entgelttabelle. Alle Beschäftigten in diesem Geltungsbereich werden zu dem Zeitpunkt übergeleitet. Auch wenn dies eigentlich eine Aufgabe der Arbeitgeber ist, raten wir euch allen, insbesondere unseren Mitgliedern in den Betriebs- und Personalräten, auf die korrekte Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen zu achten.

Eine lange, heftig geführte Auseinandersetzung mit zum Teil massiven Arbeitskämpfmaßnahmen in der gesamten Republik findet damit ein Ende. Das Verhandlungsergebnis ist akzeptabel, auch wenn nicht alle unsere Forderungen erfüllt worden sind. Dass es uns gelungen ist, angesichts des massiven Gegendrucks der kommunalen Arbeitgeber die Unterstützung vieler betroffener Eltern und der breiten Öffentlichkeit über die gesamte Zeit der Auseinandersetzung zu erhalten, zeigt, dass die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung als Problem wahrgenommen wurden. Ohne die hohe Streikbereitschaft und das tolle Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen wäre dieses Ergebnis nicht zustande gekommen. Immerhin ist es mit diesem Abschluss gelungen, im Sozial- und Erziehungsdienst wieder gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu erreichen und die Benachteiligung von neu Beschäftigten in diesen Einrichtungen zu beenden. Damit dürften auch wieder mehr Frauen und Männer als KinderpflegerInnen, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen arbeiten wollen. Das wiederum vermindert die drohenden Mehrbelastungen in den Einrichtungen für die langjährig Beschäftigten, schließlich muss angesichts des geplanten Ausbaus der Kinderkrippen bis 2013 nach dem derzeitigen Stand mit einem gravierenden Personalmangel im KiTa-Bereich gerechnet werden. Allerdings ist das Er-

reichte, vor allem in der Entgeltordnung, noch nicht genug, um die Benachteiligung der Beschäftigten in diesem typischen Frauenberuf gegenüber vergleichbar qualifizierten ArbeitnehmerInnen anderer Branchen auszugleichen. Wir haben einen Anfang geschafft, der von den Arbeitgebern so nicht gewollt war. Weitere Verbesserungen werden von unserer Stärke als Gewerkschaft abhängen.

Tarifrunde 2010

Im Gegensatz zu der Tarifvereinbarung im Sozial- und Erziehungsdienst, von der nur ein Teil unserer Kolleginnen und Kollegen im Geltungsbereich des TVöD betroffen sind, sollen in der Tarifrunde 2010 Verbesserungen für alle Kolleginnen und Kollegen erreicht werden, die bei den Kommunen oder beim Bund beschäftigt sind oder sich anderweitig unmittelbar im Geltungsbereich des TVöD befinden. Dazu gehören z. B. etliche Lebenshilfe-Kreisverbände in Südbayern. Auch die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst sind daran wieder beteiligt. Die Tarifrunde 2010 hat nichts mit dem Abschluss im Sozial- und Erziehungsdienst zu tun. Dort ging es um einen Tarifvertrag zum Gesundheitsschutz der Beschäftigten an ihren Arbeitsplätzen und um eine Regelung hinsichtlich der Eingruppierung der Beschäftigten nach ihrer Tätigkeit im Rahmen einer Entgeltordnung. Diese regeln, in welche Entgeltgruppe und welche Stufe jemand anhand von Ausbildung und Berufserfahrung eingestuft wird.

Im Mittelpunkt der kommenden Auseinandersetzung wird zuerst die Frage einer Einkommenserhöhung stehen. 2010 darf nicht zum Beginn einer Ära von Nullrunden im öffentlichen Dienst werden, denn Nullrunden sanieren die öffentlichen Kassen nicht, erhöhen nicht die Binnennachfrage und schaffen keine zusätzliche Beschäftigung. Die Krise der Staatsfinanzen haben nicht die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verschuldet. Es ist daher auch nicht einzusehen, warum diese auf ihre Kosten oder auf Kosten der anderen abhängig Beschäftigten bereinigt werden soll.

Über die Höhe der anstehenden Lohnforderungen gibt

es zwischen den einzelnen DGB-Gewerkschaften unterschiedliche Positionen. Die IG Metall spricht sich in der kommenden Lohnrunde offenbar für maßvolle Erhöhungen aus. Demgegenüber vertritt der ver.di-Vorsitzende die Auffassung, dass im kommenden Jahr deutliche Lohnzuwächse nötig sind. Auch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) kam schon im Sommer dieses Jahres zu der Feststellung, dass »gerade in der derzeitigen Krise mit ihrem Nachfrageeinbruch auf den Exportmärkten (...) der Tarifpolitik eine wichtige konjunkturstabilisierende Aufgabe zu(kommt). Reallohnsteigerungen wirken auch der Gefahr einer deflationären Entwicklung entgegen.« (WSI-Wirtschaftsdienst, August 2009, S. 502)

Der Weg zur Forderung

In den letzten Wochen fanden in Nürnberg, Ingolstadt und München tarifpolitische Konferenzen der GEW Bayern statt. Dort wurde von den anwesenden Mitgliedern über die Forderungen für die Tarifrunde 2010 diskutiert und diese an die Landestarifkommission (LTK) weitergegeben. Die LTK hat aus den eingegangenen Forderungen eine Empfehlung für den Landesvorstand erarbeitet, die dieser nach Beschluss an die Große Tarifkommission weitergibt. Zusammen mit den anderen Landesverbandforderungen und in Absprache mit den anderen DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst werden voraussichtlich Mitte Dezember die gemeinsamen Forderungen für die kommende Tarifrunde benannt werden.

Teile und herrsche

Die Arbeitgeberseite stellt anscheinend die Erhöhung der leistungsorientierten Bezahlung in den Mittelpunkt ihrer Verhandlungsposition. Zumindest hat der Präsident der Kommunalen Arbeitgeberverbände, Thomas Böhle, laut einem Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* vom 14.11.2009 als Ziel genannt, die Grundgehälter einzufrieren, dafür aber die Leistungszulagen zu erhöhen. Eine derartige Forderung zeigt, worum es den kommunalen Arbeitgebern geht: Statt allen Beschäftigten eine Anerkennung für ihre geleistete und noch zu leistende Arbeit in Form einer einheitlichen Gehaltserhöhung zu geben, sollen nur Einzelne – und das dann auch noch auf Kosten der vielen anderen – etwas mehr in ihre Taschen bekommen. Ganz offensichtlich wird hier nach dem alten Motto »Teile und herrsche« verfahren werden. Wenn sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst untereinander darüber streiten, wer wieso wie viel zusätzlich bekommt, sind sie ja vielleicht nicht mehr bereit, für ihre Interessen gemeinsam zu kämpfen und zu streiken. Da sind (zumindest diesmal) die ArbeitgeberkollegInnen der Länder zukunftsorientierter gewesen: Sie haben in ihrer letzten Tarifrunde der Abschaffung der leistungsorientierten Bezahlung zugestimmt. Bleibt noch die Frage: Warum? Vielleicht, weil dort erkannt wurde, dass eine Spaltung der

Belegschaft noch nirgends zu einer Verbesserung der Arbeitsleistung und der Motivation geführt hat. Die GEW Bayern hat dazu schon auf der LVV 2008 einen eindeutigen Beschluss gefasst, nämlich die Abschaffung der leistungsorientierten Bezahlung zu fordern.

Entgeltordnung für alle ...

Der Erfolg im Sozial- und Erziehungsdienst, nämlich der Abschluss einer Entgeltordnung, muss auch für die anderen Bereiche des öffentlichen Dienstes angestrebt werden. Dort blockieren die Arbeitgeber weiterhin die Verhandlungen für ein neues tarifliches Eingruppierungsrecht. Das führt dazu, dass immer mehr Beschäftigte nicht in den Genuss eines Aufstieges kommen und damit bei gleicher Arbeit und gleicher Qualifikation deutlich schlechter bezahlt werden. Eine besondere Rolle spielen für die GEW Bayern dabei die derzeit laufenden Verhandlungen zu einer Entgeltordnung im Geltungsbereich der Länder. Dort wird u. a. die Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte verhandelt. Für uns in Bayern ist es wichtig, dass dieses Ergebnis voll umfänglich auch auf die kommunal beschäftigten angestellten Lehrkräfte übertragen wird. Eine Schlechterstellung der kommunal Beschäftigten muss verhindert werden. Dasselbe gilt auch für Beschäftigte in den Volkshochschulen der Städte und Landkreise.

... und anderes mehr

Dringend notwendig ist es auch, dass in Ost und West endlich ein einheitliches Tarifrecht im öffentlichen Dienst herrscht. Nicht nur das Tabellenentgelt, sondern auch die Wochenarbeitszeit oder die Jahressonderzahlung sind 20 Jahre nach dem Mauerfall dringend zu vereinheitlichen.

Auch im öffentlichen Dienst hat, vor allem aufgrund des langjährigen Stellenabbaus, die Arbeitsverdichtung zugenommen. Aus diesem Grund sind Altersteilzeit oder ähnliche Modelle zur Gewährleistung altersgerechter Arbeitsbedingungen fortzuführen. Frei werdende Stellen sind, zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, wieder zu besetzen.

Die kommende Tarifrunde wird sicher nicht einfach. Wir werden die Erfüllung unserer Forderungen nicht einfach so auf einem Silbertablett von den Arbeitgebern serviert bekommen. Eine Erhöhung unserer Gehälter und eine Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen werden wir uns erkämpfen müssen. Dazu müssen wir gemeinsam für die Durchsetzung streiten. Die Auseinandersetzungen werden auch danach noch weitergehen.

Und es schadet uns sicher nicht, wenn wir noch weitere MitstreiterInnen finden.

Uns allen eine erfolgreiche Tarifrunde 2010.

von Günther Mitteregger

Stellvertretender Vorsitzender der GEW Bayern



Tarifikampf in München ...

Bei den zurückliegenden Tarifaueinandersetzungen zur Eingruppierung für den Sozial- und Erziehungsdienst gab es vor allem unter den Kolleginnen und Kollegen aus dem Erziehungsdienst eine große Bereitschaft, sich zu organisieren und an den Streiks zu beteiligen.

Es war ein langer und intensiver Arbeitskampf, dessen Ergebnis zwiespältig ist. Für die jüngeren Kolleginnen und Kollegen aus dem Erziehungsdienst ist der Abschluss akzeptabel. Länger beschäftigte Kolleginnen und Kollegen, Leitungen, Heilpädagoginnen und Heilpädagogen und die Mehrzahl der Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen sind jedoch enttäuscht und hätten sich ein besseres Ergebnis gewünscht.

Doch es geht weiter. 2010 ist die nächste Gehaltsrun-

de aller im TVöD Beschäftigten. Sich gemeinsam für die Verbesserung der eigenen Arbeitsbedingungen und mehr Gehalt zu engagieren, Aktionen zu planen und auszuführen, ist wichtig, um unseren Forderungen Gewicht zu verleihen. Außerdem macht es auch Spaß.

Deshalb: Beteiligt euch, bringt eure Vorschläge und Ideen ein. Informationen entnehmt bitte der Startseite der GEW München (www.gew-muenchen.de) und der Seite des Aktionskomitees.

Treffen der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe:
jeden 1. Mittwoch im Monat um 19.00 Uhr
im Gewerkschaftshaus München (außer in den Ferien)
Nächstes Treffen: 13.01.2010

Petra Nalenz, aktiv im Aktionskomitee 2009

... und in Nürnberg

Liebe Mitglieder des KV Nürnberg,

in der letzten Tarifrunde haben wir mit vereinten Kräften ganz viel erreicht! Auf diesem Weg euch allen nochmals recht herzlichen Dank, besonders denjenigen unter euch, die uns ihren aktiven Einsatz und zusätzliche Unterstützung während der Verhandlungen um den Gesundheitstarif gewidmet haben: Aufgrund eurer Solidarität war es uns möglich, die unglaublich große Palette eurer Fähigkeiten und Ideen als Mitglieder der GEW zu demonstrieren.

Auch für kommende Tarifverhandlungen hoffen wir auf dieses aktive Engagement besonders motivierter und interessierter Mitglieder. Wenn ihr also Lust und Freude

habt, euch einzubringen oder einfach mal stunden- oder tageweise bei uns mit anzupacken, wendet euch bitte an das Sozialpädagogische Büro der GEW in Nürnberg: GEW_Sozpaed@t-online.de oder Tel. 09 11-28 92 04
Wir freuen uns!

Persönlich steht hinter dieser E-Mail-Adresse ab dem 16. November 2009 der Kollege Björn Köhler, den wir im selben Atemzug begrüßen möchten, in dem wir Günther Schedel-Gschwendtner für seine außerordentlichen Verdienste im KV Nürnberg danken und einen erfüllten Ruhestand und Gesundheit wünschen.

Sanne Roth für den KV Nürnberg

Die Kinder wollen wissen, was ein Streik ist.

Unsere Kolleginnen Annette Feineis und Christiane Strauß haben während des Streiks in ihrem Kindergarten für die DDS folgende Diskussion protokolliert.

Nino, der kurz vorher von Annette einiges zum Streik erklärt bekommen hat, erzählt, was er noch weiß.

Nino: Da gehen die Erzieherinnen nach Spanien [:-)] auf die Straße ... mit Fahnen und Plakaten!

Annette: Und warum machen wir das?

Nino: Weil ihr sagen wollt, was euch ärgert!

Annette: Stimmt genau – wisst ihr auch, was uns ärgert?

Lea: Dass wir so wenig Räume haben, dass ihr keinen Ausruhraum habt!

Christiane: Und weil es im Kiga oft so laut ist!

Annette: Und manche Kigas, so wie wir, haben nicht mal einen Turnraum!

Kinder: Genau!!!

Annette: Und am Dienstag ist dann Notgruppe – wir wollen ja nicht eure Eltern ärgern, sondern die, die über uns bestimmen.

Kinder: Wer bestimmt denn über euch?

Christiane: Die Politiker!

Elias: Seit wann bestimmen die denn schon über Euch?

Annette: Schon viel zu lange!

Elias: Der Gott ist doch der Bestimmer!



Ende dieser amüsanten Diskussion

Erfolge mussten hart erkämpft werden

84 Jahre Tariffpolitik der Metall-Gewerkschaft

Seit Längerem sind Stimmen zu hören, Gewerkschaften hätten sich überlebt, seien nicht mehr zeitgemäß und nur noch Bremsklotz in einer globalisierten Welt. Helmut Schmidt mahnte in der *ZEIT* vom 29.08.2002 an, es sei nunmehr unumgänglich, sich von flächendeckenden Tarifverträgen zu verabschieden. Betriebsvereinbarungen über Löhne und Arbeitsbedingungen sollten den Betriebsräten und Geschäftsleitungen überlassen bleiben. Der Altkanzler plädierte außerdem dafür, Sozialleistungen über einen längeren Zeitraum einzufrieren, um einen »gehörigen Abstand zu den niedrigsten Nettolöhnen« zu ermöglichen. Es dürften Tendenzen dieser Art gewesen sein, die den Vorstand der IG Metall veranlasst haben, eine umfassende dreibändige Dokumentation anzuregen, anhand der die Geschichte der IG Metall und ihres Vorläufers, des Deutschen Metallarbeiter-Verbands, nachvollzogen werden kann.

In den insgesamt 520 Originaldokumenten, ergänzt durch fachkundige Einleitungen, wird deutlich: Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat in ihrer langjährigen Geschichte Siege und Niederlagen eingefahren, die in der Regel davon abhingen, wie die jeweiligen Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit waren. Geschenke für die ArbeitnehmerInnen jedenfalls gab es zu keiner Zeit. Vielmehr mussten alle Erfolge hart erkämpft und anschließend zäh verteidigt werden.

Band 1 geht der Entwicklung von 1918 bis 1930 nach. Die Novemberrevolution von 1918 brachte den Achtstundentag, die volle Anerkennung der Gewerkschaften sowie die gesetzliche Sanktionierung von Tarifverträgen. Doch die Machtverschiebungen zugunsten der abhängig Beschäftigten hielten sich nur kurze Zeit. Denn bereits 1920 blieb den Räten lediglich die Mitbestimmung in sozialen Fragen, der Achtstundentag wurde in zahlreichen Branchen wieder rückgängig gemacht. Lohnerhöhungen von einigen Pfennigen pro Stunde konnten nur nach langen und erbitterten Streiks durchgesetzt werden. Die Arbeitgeber beantworteten Streiks mit Aussperrungen, der Staat stand fast immer auf der Unternehmerseite und verfügte 1923 die Zwangsschlichtung. Im Berliner Metallarbeiterstreik von 1919 kam es zu bürgerkriegs-

ähnlichen Auseinandersetzungen mit der Reichswehr, da die Regierung, auf Ruhe und Ordnung bedacht, »schärfstes Vorgehen gegen Streikterror« befohlen hatte und auch den Einsatz von Freikorps duldete. Er kämpfte Lohnzuwächse gingen in der Inflation verloren. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1929 führten zu einer weitgehenden Entmachtung der Gewerkschaften, die trotz heftiger Gegenwehr hinnehmen mussten, wie in Folge der Brünningschen Sparpolitik Tarifföhne massiv einbrachen und Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren.

Hatten die Gewerkschaften 1920 durch Ausrufung eines Generalstreiks erreicht, den Sturz der Republik und damit die Militärdiktatur zu verhindern, unterblieb eine ähnliche Aktion 1933 bei der Machtübernahme Hitlers. Dabei hatte die Nazi-Führung erhebliche Befürchtungen, es könnte wie 1920 bei dem Kapp-Lüttwitz-Putsch erneut zu Generalstreik und Bürgerkrieg kommen. Gewerkschaften und Sozialdemokratie waren jedoch der irrigen Meinung, dass Hitler sich nicht lange halten würde. Spätere Anbiederungsversuche und Avancen vor dem »Herrn Reichskanzler« verhinderten nicht, dass bereits unmittelbar nach dem 1. Mai 1933 die Büros der freien Gewerkschaften geschlossen, das Gewerkschaftsvermögen beschlagnahmt und politische Funktionäre verhaftet wurden. Offener Widerstand war danach nicht mehr möglich, nur noch versteckte Gegenwehr in Form von zurückhaltender Arbeitsleistung und Abwesenheit vom Arbeitsplatz.

Nach Ende des 2. Weltkriegs bestand zunächst unter allen Parteien Übereinstimmung dahingehend, dass das private Unternehmertum – Konzerne und Großbetriebe hatten die Nazis bereitwillig unterstützt und die Zerschlagung der freien Gewerkschaften begrüßt – daran gehindert werden müsse, wieder in die alten Machtstrukturen zurückzufinden. Wie in Band 3 ausführlich dokumentiert, kam es zunächst anders. Die faschistische Lohnpolitik mit Stopplöhnen blieb bis September 1946 erhalten. Lohnerhöhungen waren danach zwar möglich,



mussten aber gegen den erbitterten Widerstand der Betriebsinhaber erkämpft werden. Ein durchschnittlicher Arbeiter konnte 1947 mit seinem Lohn lediglich 41 % seines

Lebensunterhalts decken. So wurde am 12. November 1947 zum Generalstreik aufgerufen, an dem sich 9,2 Millionen Menschen beteiligten. Das Ringen zwischen den Tarifpartnern um minimale Lohnerhöhungen ging auch nach der Währungsreform unvermindert weiter. Symptomatisch für die Arbeitskämpfe in den 50er-Jahren war der Streik der bayerischen Metallarbeiter 1954. Der durchschnittliche Stundenlohn eines Facharbeiters lag bei 1,84 DM. Während die Lebensmittelpreise in drei Jahren bis zu 30 % gestiegen waren, hatten sich die Unternehmensgewinne in der gleichen Zeit mehr als verdoppelt. Erst nach dreiwöchigem Streik mit mehr als 100.000 Beteiligten war die bayerische Metallindustrie bereit, den Stundenlohn um 10 Pfennig anzuheben.

Hohe Streikbereitschaft der Metallarbeiter sowie Entschlossenheit und Verhandlungsgeschick der IG-Metall-Vorstände brachten in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren, wenn auch nur in kleinen Schritten, beeindruckende Erfolge wie die 35-Stunden-Woche, den sechswöchigen Urlaub und Lohnzuwächse in Höhe des Produktivitätsfortschritts. Spätestens seit der Jahrhundertwende sind nicht nur ähnliche Erfolge ausgeblieben, sondern tarifpolitische Errungenschaften abgebaut worden, hat die soziale Ungerechtigkeit in Form stagnierender Löhne und gleichzeitig sprunghaft steigender Unternehmensgewinne zugenommen. Band 3, der mit dem Jahr 2002 abschließt, deutet diese für die IG-Metall-Politik deprimierende Entwicklung bereits kurz an.

von Thilo Castner

Jürgen Peters/Holger Gorr:
Dokumente zur Geschichte der Tariffpolitik
der IG Metall und ihrer Vorgänger.
Drei Bände, 3216 S.,
Steidl Verlag, Göttingen 2009, 85 EUR

Eine Ära geht zu Ende

Am Freitag, den 13.11.09 wurde Günther Schedel-Gschwendtner nach über 17 Jahren hauptamtlicher Tätigkeit für die GEW Bayern mit einem Fest verabschiedet. Die Gäste kamen zahlreich nach Nürnberg, manche von weither, was zum Ausdruck bringt, dass GSG auch außerhalb der GEW Bayern bekannt und geschätzt ist. Viele bedankten sich in Form eines persönlichen Beitrags in einer eigens für die Verabschiedung produzierten Zeitung.

Exemplarisch dafür drucken wir den »Brief« des stellvertretenden Landesvorsitzenden Günther Mitteregger ab.

Lieber Günther,

jetzt ist der Zeitpunkt da, von dem wir wussten, dass er kommen würde. Nach vielen Jahren mit riesigen Erfolgen und heftigen Niederlagen in und mit der Gewerkschaft hast du dir deinen Ausstieg aus dem Arbeitsleben weiß Gott verdient.

Andererseits wird mir jemand Wichtiges für mich fehlen, da wird eine Lücke sein. Wie denn auch anders nach so vielen Jahren der Zusammenarbeit.

Als ich Anfang der 90er-Jahre zur Landesfachgruppe gestoßen bin, fand ich eine Truppe von engagierten Kinderpflegerinnen, Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen vor, die alle viel Freizeit dafür opferten, an den Arbeitsbedingungen, der Bezahlung und dem Ansehen dieser Berufsgruppe etwas zu ändern. Die Errichtung des Sozialpädagogischen Büros war ein notwendiger Entwicklungsschritt. Dass du die Leitung dieses Büros (über viele Jahre als Einzelkämpfer) übernehmen würdest, war logisch. Schon bald begann sich herumzusprechen, dass jemand – später »der Schedel-Gschwendtner«, noch später »der GSG« – mit sehr viel Fachwissen und Feuereifer die Interessen der bisher oft übersehenen Beschäftigten in der frühkindlichen Bildung und



Erziehung sowie Sozialarbeit und Jugendhilfe vertrat, diese informierte und unterstützte. Es dauerte nicht lange und du hattest dir den Respekt der anderen Gewerkschaften, der Standesverbände und der Gegner in den Auseinandersetzungen erworben.

Als ein typisches Beispiel für deine Arbeit, deine Zuverlässigkeit und deinen langen Atem fällt mir immer wieder der Landesausschuss für Tarifpolitik und Angestelltenarbeit ein. Mitte der 90er-Jahre war er gegründet worden, als »Geschäftsführer« wurde der Leiter des Sozialpädagogischen Büros vorgesehen. Auch als nach euphorischem Start eine längere Zeit der Stagnation einsetzte, hast du diese Aufgabe weiter durchgeführt. Ohne diese vorhandene Struktur wäre es uns deutlich schwerer gefallen, die Tarifrunden ab 2006 zu organisieren. Auch die in den letzten Jahren im Interesse der Mitarbeiterinnen diverser freier Träger abgeschlossenen Haus- und Firmentarifverträge wären sonst nicht denkbar gewesen.

Jetzt, zum Ende deiner Tätigkeit für die GEW, erreichen wir noch das eine und andere weitere der Ziele, für die wir als Landesfachgruppe seit langer Zeit gekämpft haben.

Du wirst mir immer als engagierter, der Gewerkschaft gegenüber loyaler Mitstreiter in Erinnerung bleiben, von dem ich, in welcher Funktion auch immer, viel Unterstützung erhalten habe. Einiges von dem, was ich heute weiß und tue, habe ich von dir gelernt. Dafür und für deine Geduld mit mir danke ich dir ganz herzlich.

Deinem Nachfolger, der die Aufgabe zur Weiterführung des Büros übernommen hat, wünsche ich viel Erfolg. Dass er ihn haben wird, liegt auch an deiner Vorarbeit.

Dir wünsche ich für die Zukunft alles Gute. Viel Zeit für deine Familie, die in den letzten Jahren viele Abstriche machen musste, viele Radtouren, die du schon immer machen wolltest und viel Spaß in deinem Garten mit deinen Obstbäumen.

Und falls du das eine oder andere Mal noch etwas Zeit haben solltest ...

Günther Mitteregger

Stellvertretender Landesvorsitzender
der GEW Bayern

Grüß Gott, ich bin der Neue!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mein Name ist Björn Köhler und seit dem 16. November bin ich der Leiter des Sozialpädagogischen Büros der GEW Bayern in Nürnberg.

Aus Frankfurt am Main bin ich ins schöne Franken gekommen und freue mich darauf, gemeinsam mit Euch, den Mitgliedern, die GEW weiterzuentwickeln.

Nach einem kurzen Abstecher in die Theologie habe ich von 2002 bis 2008 Sozialarbeit in Frankfurt studiert. Meine Studienschwerpunkte waren »Krankheit, Behinderung, Sucht« und »Ästhetik und Kommunikation«. Dieser zweite Schwerpunkt verbindet Methoden der Beratung mit kreativen Angeboten. Diese Kombination fand ich bei meinen bisherigen Tätigkeiten, sowohl beruflich als auch ehrenamtlich, sehr hilfreich.

Als Vorstand der Studierendenschaft kam ich auch intensiv mit der GEW in Berührung: Gemeinsam konnten Studierende, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in Hessen die Abschaffung der unsozialen Studiengebühren erreichen. Während dieser Zeit wurde mein Interesse an gewerkschaftlicher Arbeit geweckt.

Nach meinem Studium war ich eine Zeit lang im Notdienstbereich einer großen Versicherung tätig, bevor ich zum Hauptvorstand der GEW kam. Hier arbeitete ich ein Jahr lang als Berufspraktikant im Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit bei Norbert Hocke. Inhaltlich habe ich mich schwerpunktmäßig mit der Schulsozialarbeit in Deutschland und der Schweiz beschäftigt. So führte ich eine Studie zur Ausbildungssituation von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern an den deutschen Hochschulen durch und organisierte eine Forschungsreise des Kooperationsverbundes Schulsozialarbeit (in welchem auch Expertinnen und Experten aus der GEW mitwirken) in die Schweiz.

Gegen Ende meines Berufspraktikums zeichnete sich ab, dass es im Sozial- und Erziehungsdienst zu einem harten Arbeitskampf kommen würde. So blieb ich beim Hauptvorstand und unterstützte das GEW-Team während des Streiks. Hier gehörte die Betreuung der EGO-Homepage www.gew-ego.de zu meinen Hauptaufgaben. Daneben assistierte ich bei den Verhandlungen, begleitete Veranstaltungen vor Ort und sorgte für den Materialnachschub.

Anschließend bekam ich die Geschäftsführung zu Tarifverhandlungen bei einem größeren KiTa-Träger in mehreren Bundesländern übertragen. So konnte ich die Entstehung eines neuen Tarifvertrags und die damit verbundenen Verhandlungen von Anfang an begleiten und kennenlernen. Pünktlich zu meinem Wechsel nach Bayern konnten wir diese Verhandlungen erfolgreich abschließen.

Ich halte Gewerkschaften in unserer Gesellschaft für ausgesprochen wichtig: Viele soziale Errungenschaften hät-



te es ohne Arbeitskämpfe und Gewerkschaften in Deutschland nie gegeben, die soziale Ungerechtigkeit wäre noch wesentlich größer, als sie jetzt ohnehin schon ist. Gerade in der heutigen Zeit brauchen wir starke Gewerkschaften, um die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu schützen, Chancengleichheit zu fördern und wieder verstärkt für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Mir ist es wichtig, gerade junge Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen für unsere Gewerkschaft zu gewinnen und ihnen deutlich zu machen, wie notwendig die gewerkschaftliche Organisation ist.

Auch deswegen beschloss ich, beruflich in der Gewerkschaft zu bleiben und das Stellenangebot der GEW Bayern anzunehmen. Und so bin ich nach Nürnberg gekommen: 29 Jahre jung, ledig, gespannt auf die neue Tätigkeit.

Privat engagiere ich mich in der kirchlichen Jugendarbeit und lese sehr gerne. Zudem bin ich ein großer Filmfan, wobei es mir nicht der Mainstream angetan hat, sondern hauptsächlich Undergroundfilme.

Natürlich kann ich gerade am Anfang noch nicht alles wissen, insbesondere, da ich nicht aus Bayern komme. Deswegen kann es vorkommen, dass ich am Anfang öfter mal nach Namen und bayrischen Besonderheiten fragen muss. Aber mit Eurer Kooperation werde ich diese Startschwierigkeiten sicherlich schnell überwinden.

Ich freue mich darauf, viele neue, engagierte Leute kennenzulernen und mit Euch zusammenzuarbeiten!

Euer



Debatte im besetzten Münchner Audimax



Bildungsstreik geht weiter

Unser GEW-Kollege Martin Gruber hat am 17. November 2009 in München auf der Abschlusskundgebung zu den protestierenden SchülerInnen und StudentInnen gesprochen. Wir dokumentieren seine Rede im Wortlaut:

Liebe Studierende, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Auszubildende, liebe Mitdemonstrierende,

ich bin frisch pensionierter Berufsschullehrer. Ich war an der Berufsschule für elektrische Anlagen und Gebäudetechnik in München gewerkschaftlicher Vertrauensmann. Wir hatten an unserer Schule lange Zeit eine starke GEW-Gruppe. Wir haben uns in den 80er-Jahren auch bei den großen gesellschaftlichen Themen wie Rechtsentwicklung, Raketenstationierung, atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf eingemischt und uns für bessere Bildung für alle eingesetzt.

Streiks, Besetzungen, Demonstrationen beim Kampf um ein besseres Bildungssystem sind für alle eine gute Lernsituation, um unsere gesellschaftlichen Verhältnisse genauer kennenzulernen. Die erlebte Solidarität ist dabei wesentlich.

Zuerst werfe ich einen Blick hinter die Kulissen der Entwicklung des aktuellen Bildungssystems in Bayern, dann gibt es was aus dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung und am Schluss die solidarische Unterstützung eures Protestes durch die GEW.

Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft arbeitet seit 2003 am Bildungs-Zukunftsprojekt mit dem Titel »Bildung neu denken«. Dazu bestellte sie eine Studie bei der Prognos AG. Die Prognos AG ist eines der ältesten Wirtschaftsforschungs- und Beratungsunternehmen Europas mit Stammsitz in Basel und der größten Abteilung in Berlin.

An der Umsetzung des Projektes wird hart gearbeitet.

Ich möchte mit euch jetzt aus den offiziellen Highlights der Studie »Bildung neu denken« eine Art Ergebnisüberprüfung machen.

- Vergütungsfreiheit in der Berufsausbildung – ja da erhält das Wort Freiheit einen besonderen Klang, wenn Auszubildende keine Ausbildungsvergütung mehr bekommen sollen. Zum Glück scheidet das noch am Widerstand der Gewerkschaften. Forderungen dazu kommen aber immer wieder aus den Unternehmerverbänden.
- Abschaffung der traditionellen Studiengänge und Umstieg auf BA- und MA-Abschlüsse – das ist in vollem Gange, stößt aber zu Recht auf euren Protest hier und europaweit – denn, so habe ich gehört, bedeutet studieren jetzt vor allem fortwährendes individuelles Punktesammeln in einem Prüfungsmarathon nach genau vorgeschriebenen Studienplänen.



Ein weiteres Highlight:

- Einführung von Studiengebühren – sie wurden in mehreren Bundesländern, auch in Bayern, durchgesetzt, der bayerische Ministerpräsident will davon nicht abweichen, da muss also euer Widerstand gegen die Studiengebühren noch wachsen.

Zu diesem Bildungskonzept gibt es auch ein Finanzierungskonzept, in dem der allererste Grundsatz heißt: »Orientierungsnorm der Bildungsfinanzierung ist das Konzept des vollkommenen Marktes ...« Hier taucht sie wieder auf die berühmt-berühmte unsichtbare Hand des Marktes, die angeblich alles für alle zum Guten wendet. Wir brauchen keine Bildung nach den Regeln des Marktes, wir brauchen das Recht auf Bildung für alle.

Die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft hat sich zum Ziel gesetzt, das Konzept bis 2020 umzusetzen. Ob diese Entwicklung in dem bisherigen Tempo weitergeht, hängt aber stark von euch und eurem Widerstand ab.

Die nächste Sitzung des Bildungsausschusses der Vereinigung findet am 9. Dezember 2009 statt. Das könnte ein interessantes Protestziel sein.

Was plant aktuell die Bundesregierung?

Die Koalition plant ein Zukunftskonto für Neugeborene. Ein Konto, auf das Eltern, Großeltern steuerbegünstigt einzahlen können. Das volljährige Kind kann sich dann Bildung kaufen.

Außerdem soll ein sogenanntes »nationales Stipendienprogramm« nur für Begabte eingerichtet werden.

Die Regierungsvorhaben der schwarz-gelben Koalition sind also kein Programm für mehr Chancengleichheit, sondern für Auslese und Elitenbildung, und auch die Privatisierung wird vorangetrieben.

Gut, dass ihr für ein besseres Bildungssystem protestiert.

Ihr steht aber mit eurem Protest nicht alleine da.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat letzte Woche den Organisatoren des Bildungstreiks auch weiterhin Unterstützung signalisiert. »Wir brauchen eine Kehrtwende in der Bildungspolitik«, sagte der GEW-Vorsitzende. »Bildungsarmut zu bekämpfen, Chancengleichheit herzustellen und gute Bildung für alle Menschen zu garantieren, so lautet das Gebot der Stunde.

Das Bildungssystem in Deutschland ist drastisch unterfinanziert. Wir brauchen 40 Milliarden Euro pro Jahr für den Bildungsbereich zusätzlich. Ein großer Teil des Geldes muss insbesondere in die institutionelle Förderung von Kindern aus sozial schwächeren und Migrantenfamilien gesteckt werden.«

Denn wie heißt es im Solidaritätslied von Bertolt Brecht:

»... wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich ...«

Also: Vorwärts und nicht vergessen, die Solidarität!

Danke!





Kooperationsklassen – davon profitieren alle!

Ein Kongressbericht

Auf Einladung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus sowie des Lehrstuhls für Lernbehindertenpädagogik der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München kamen auch in diesem Jahr VertreterInnen der Schulaufsicht aus allen Schulamtsbezirken Bayerns mit Lehrkräften aus Kooperationsklassen zum 2. Kongress der Mobilen Sonderpädagogischen Dienste (MSD) zusammen.

Nachdem der 1. MSD-Kongress im Jahre 2006 besonders die Arbeit der sonderpädagogischen Lehrkräfte in den Mittelpunkt gestellt hatte, sollte nunmehr die Kooperation mit den Allgemeinen Schulen im Vordergrund stehen. Als besondere Errungenschaft des 2. MSD-Kongresses galt allen Beteiligten, dass es bezogen auf die Schulaufsicht wohl erstmalig in Bayern gelungen ist, die gemeinsame Verantwortung für die Arbeit in den Kooperationsklassen seitens der VertreterInnen der Schulaufsicht sowohl aus den Volksschulabteilungen als auch aus den Förderschulabteilungen herauszustellen. Die mehr als 500 TeilnehmerInnen wurden durch den Dekan der Fakultät für Psychologie und Pädagogik, Prof. Dr. Joachim Kahlert, in der Großen Aula der LMU München an historischer Stätte begrüßt. Das Grußwort des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus wurde verlesen. Die Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Frau Badura, war ebenfalls mit einem Gruß-

wort beteiligt. Nachdem die Rolle der Schulaufsicht bei der Entwicklung der Kooperationsklassen durch Ministerialrat Erich Weigl mit einer Reihe von Gesprächspartnern vorgestellt worden war, widmeten sich Prof. Dr. Ewald Kiel (Lehrstuhl für Schulpädagogik der LMU München) und Prof. Dr. Ulrich Heimlich (Lehrstuhl für Lernbehindertenpädagogik der LMU München) der Bedeutung der LehrerInnenbildung für die Arbeit in Kooperationsklassen.

Das weitere Kongressprogramm sah insgesamt 22 Workshop-Angebote vor, die zu fünf Fachforen zusammengefasst wurden: Individuelle Diagnose und Förderung - Gemeinsamer Unterricht - Zusammenarbeit der Lehrkräfte - Schulentwicklung - Externe Vernetzung. Die Workshop-ReferentInnen kamen jeweils sowohl aus Förderschulen als auch aus Allgemeinen Schulen. Begleitend zum Workshop-Programm war es möglich, eine Ausstellung mit kooperativen Praxisprojekten zu betrachten und mit den anwesenden Lehrkräften ins Gespräch zu kommen. In einer abschließenden Podiumsdiskussion mit VertreterInnen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus sowie VertreterInnen der GEW und der Lehrerverbände konnten die Errungenschaften in der bisherigen Arbeit der Kooperationsklassen ebenso angesprochen werden wie die derzeit noch bestehenden Probleme.

Mit Kooperationsklassen Schulen entwickeln!

Eines der überraschendsten Ergebnisse des 2. MSD-Kongresses war die Feststellung, dass die Arbeit in den Kooperationsklassen nicht auf den Klassenraum beschränkt bleibt. Die zahlreichen Praxisprojekte aus den Allgemeinen Schulen in Bayern, die nach der Novellierung des Gesetzes über das Bayerische Erziehungs- und Unterrichtswesen (Bay-EUG) von 2003 entstanden sind, haben dazu geführt, dass Kooperationsprozesse auf allen Ebenen einsetzen (vgl. Heimlich/Jacobs 2007).

Nicht nur die Kinder lernen voneinander im Unterricht der Kooperationsklassen und werden dabei auf der Basis einer differenzierten Diagnostik individuell gefördert. Auch die Lehrkräfte fühlen sich ermutigt, Erfahrungen mit Team-Teaching und der Zusammenarbeit im Klassenraum zu sam-

meln. Anfängliche Befürchtungen wichen dabei rasch der Einsicht, dass die Heterogenität der SchülerInnen im gemeinsamen Unterricht nur im Zusammenwirken von SonderpädagogInnen und Allgemeinen PädagogInnen zu bewältigen ist.

Darüber hinaus zeigen viele Praxisprojekte, dass die Kooperationsklassen das Selbstverständnis der Allgemeinen Schule insgesamt verändern. Wenn sich Grund-, Haupt- und Berufsschulen in Bayern für Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf öffnen, so hat das Auswirkungen auf das Schulleben insgesamt und ihr pädagogisches Schulkonzept. Alle Schulen mit Kooperationsklassen suchen des Weiteren nach Kooperationspartnern in ihrem Umfeld, um durch externe Vernetzung die Qualität ihres jeweiligen Bildungsangebotes weiterzuentwickeln (z. B. über die Kooperation mit SozialpädagogInnen und TherapeutInnen).

Durch die Entwicklung der Kooperationsklassen in Bayern wird somit ein Erfahrungsprozess in Gang gesetzt, der in mittlerweile nahezu 40 Jahren Integrationsentwicklung im Bildungssystem der BRD immer wieder zu beobachten war: Mit der Aufnahme auch nur eines Kindes bzw. Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in eine allgemeine Bildungseinrichtung (Kindertageseinrichtung, Schule) verändert sich die jeweilige Einrichtung als Ganze (vgl. Heimlich 2003).

Problematisch erscheinen allen Beteiligten allerdings die Rahmenbedingungen für den Einsatz von SonderpädagogInnen in Kooperationsklassen, die sich derzeit wieder zu verschlechtern scheinen. Eine Gleichstellung der sonderpädagogischen Förderung von Kooperationsklassen und Förderschulklassen (gerechnet in Stunden pro SchülerIn) ist nicht gewährleistet. Zu selten sind SonderpädagogInnen bislang fester Bestandteil des Teams einer Allgemeinen Schule, wie das im finnischen Schulsystem schon seit vielen Jahren praktiziert wird. Von Elternseite wird überdies zunehmend das Wahlrecht, bezogen auf den Ort der sonderpädagogischen Förderung, eingefordert. Ebenfalls kritisieren viele Eltern, dass nur die SchülerInnen in die Kooperationsklasse aufgenommen werden, die auch Chancen haben, den entsprechenden Bildungsabschluss zu erreichen. Auch wenn im BayEUG von 2003 die zielgleiche Integration aufgehoben wurde, scheint sich in der Praxis eine zieldifferente Integration nicht durchgesetzt zu haben.

Kooperationsklassen als Beitrag zur Inklusion in Bayern?

Bekanntlich hat die Bundesregierung mit der Ratifizierung der UN-Konvention, die am 26.03.2009 in der BRD als Bundesgesetz in Kraft getreten ist, auch den Artikel 24 unterzeichnet, in dem sich die Vertragsstaaten auf ein »inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen« (inclusive education system at all levels) verpflichten. Damit stellt sich für Bayern die Aufgabe, allen Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf zusammen mit ihren Eltern den Weg in die Allgemeine Schule zu ermöglichen, wenn sie dies wünschen.

Kooperationsklassen sind unbestreitbar ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem inklusiven Bildungssystem in Bayern. Das gilt ebenso für die Arbeit der Mobilen Sonderpädagogischen Dienste (MSD). Ebenso deutlich wird jedoch angesichts des neuen bildungspolitischen Leitbildes der Inklusion, dass in Bayern noch zu sehr Wert auf eine Anpassung der einzelnen SchülerInnen an das Bildungssystem gelegt wird. Im Gegensatz zu diesem traditionellen Integrationskonzept ist es im Rahmen eines inklusiven Bildungssystems erforderlich, die Bildungseinrichtungen so zu verändern, dass sie sich an die SchülerInnen und ihre Bedürfnisse anpassen können. Insofern ist es wünschenswert, in Bayern besonders im Schulbereich landesweit in allen Regierungsbezirken Modellprojekte zur Entwicklung inklusiver Schulen einzurichten.

Fazit

Kooperationsklassen in Bayern sind Klassen der Allgemeinen Schulen, die auch Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufnehmen. Allgemeine Schulen, die Kooperationsklassen einrichten und dabei von SonderpädagogInnen unterstützt werden, haben über kurz oder lang ihre pädagogische Arbeit insgesamt verändert. Damit ist ein erster Schritt in Richtung auf die Veränderung des Bildungssystems getan, wie sie unter dem Leitbild der Inklusion nunmehr von der UN-Konvention gefordert wird.

von Prof. Dr. Ulrich Heimlich

Inhaber des Lehrstuhls für Lern- und Körperbehindertenpädagogik der LMU München



Literatur:

Heimlich, Ulrich: Integrative Pädagogik – eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer, 2003
Heimlich, Ulrich/Jacobs, Sven: Kooperation. In: Bundschuh, Konrad/Heimlich, Ulrich/Krawitz, Rudi (Hrsg.): Wörterbuch Heilpädagogik. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 3. Auflage, 2007, S. 167-170

Heimlich, Ulrich/Eckerlein, Tatjana/Schmid, Andrea C. (Hrsg.): Mobile sonderpädagogische Förderung – das Beispiel Bayern. Bd. 3 d. Reihe: Integrative Förderung in Forschung und Praxis, hrsg. v. Ulrich Heimlich. Münster: Lit, 2008

Material:

Die DVD »Kooperationsklassen – davon profitieren alle!« (Konzeption: Prof. Dr. Ulrich Heimlich, Dipl.-Päd. SoLin Anna Weinmüller-Atze) kann zum Preis von 19,90 EUR über folgende Adresse bezogen werden:

Ludwig-Maximilians-Universität München, Unterrichtsmitschau und didaktische Forschung, Martiusstr. 4, 80802 München, Tel.: 0 89-21 80-48 31, Fax: 0 89-21 80-48 33, E-Mail: lmu.unterrichtsmitschau@lrz.muenchen.de

Ein Kongressband wird derzeit für die Publikation vorbereitet und in Kürze erscheinen: Heimlich, Ulrich/Lautner, Anja/Weinmüller-Atze, Anna (Hrsg.): Kooperationsklassen in Bayern. Bd. 5 d. Reihe: Integrative Förderung in Forschung und Praxis, hrsg. v. Ulrich Heimlich. Münster: Lit, 2009

Fachgruppen Grund-, Haupt- und Förderschulen Offener Fachgruppenabend

Die UN-Konvention zu den Rechten der Menschen mit Behinderung und ihre Umsetzung in Bayern

**Frau Badura, die Beauftragte der Bayerischen
Staatsregierung für die Belange der Menschen mit
Behinderungen, kommt zu diesem Fachgruppenabend.**

**Mittwoch, 20. Januar 2010
19.00 Uhr in München**

Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr. 64, Raum: siehe Infotafel

Auch Bayern hat die UN-Konvention ratifiziert und muss nun in ihrem Sinne aktiv werden. Bisher agiert das Kultusministerium in gewohnter Manier: »Weiter so, wir sind ohnehin Vorreiter.« Der Slogan »Integration durch Kooperation« wurde kurzerhand ersetzt durch »Inklusion durch Kooperation«. Die Sonderschulen sollen unberührt bleiben.

Frau Badura sitzt mit an vielen Verhandlungstischen. Sie verfolgt die Entwicklung sehr intensiv und meldet sich lautstark zu Wort. Am 20. Januar wird sie zur Fachgruppe kommen und über den aktuellen Stand der Planungen berichten.

**Alle Interessierten, auch außerhalb der beiden Fachgruppen,
sind herzlich willkommen.**

Damit wir einen Raum entsprechender Größe sowie die dafür passende Technik organisieren können, bitten wir um Anmeldung bei Wolfram Witte (wolframwitte@gmx.net).

Gabi Gabler

Interkulturelles Training

Demokratie – Toleranz – Solidarität (A.R.T./IKL)

Das Bayerische Seminar für Politik bietet eine Grundausbildung zum/r interkulturellen TrainerIn (mit Zertifikat) an. Die Trainings, die durchgeführt werden, sind weltweit erprobt; sie gehen aus von der Erkenntnis, dass Vorurteile und Diskriminierung im Lernprozess zu Toleranz, Solidarität und demokratischem Verhalten führen können. Die TeilnehmerInnen machen diese Erfahrungen selber, um sie dann an ihre SchülerInnen (ab ca. 10 Jahre) in Hort, Tagesheim oder Schule weiterzugeben. Dabei sollen im interkulturellen Kontext soziales Denken, Fühlen und Handeln gestärkt werden.

Wann?: Fr./Sa., 11.-12.12.09 (Beginn freitags 16.15 Uhr, Ende samstags 18.00 Uhr)
Wo?: Hotel »Seeblick«, Bernried am Starnberger See
Teilnahmegebühr: 60 Euro bei Übernachtung im DZ (80 Euro im EZ)
Seminarleitung: Wunibald Heigl
Weitere Infos und Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e. V.
Oberanger 38 • 80331 München
Tel.: 0 89-2 60 90 06 • Fax: 0 89-2 60 90 07
bsp@baysem.de • www.baysem.de

Neue LehrerInneninfos über SchülerInnenaustausch

LehrerInnen spielen für die Jugendaustauschorganisation AFS Interkulturelle Begegnungen e. V. eine besondere Rolle. Oft kommt es gerade durch ihre Initiative dazu, dass sich SchülerInnen für ein Jahr im Ausland entscheiden. Oder sie ebnen den Weg mit einem entscheidenden Hinweis auf ein Stipendienprogramm. Nicht zuletzt setzen sie sich mit den ausländischen GastschülerInnen auseinander, die im Rahmen ihres Austauschprogramms eine deutsche Schule besuchen. Aus diesem Grund hat AFS beim Relaunch seines Online-Auftritts einen völlig neuen Bereich für PädagogInnen geschaffen. Rubriken wie Unterrichtsservice, LehrerInnenfortbildungen, Veranstaltungen, Studien und Wissenswertes versorgen Lehrkräfte mit stets aktuellen Informationen und Materialien zum Thema interkulturelle Kompetenz. Damit LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern kompetent pro und kontra SchülerInnenaustausch beraten können, möchte AFS den so wichtigen MultiplikatorInnenen künftig noch mehr Wissen und Hilfestellung an die Hand geben. Die neue Website ist ein Anfang. Mit einer modernen Bildsprache, TeilnehmerInnen-Blogs, Fotos und Videos, Bewertungs- und Empfehlungsfunktionen sollen NutzerInnen emotionaler und dialogorientierter angesprochen werden.

Die deutsche Jugendaustauschorganisation AFS arbeitet gemeinnützig und ist Träger der freien Jugendhilfe. Die Zentrale sowie ein Regionalbüro haben ihren Sitz in Ham-

Dies und Das

burg; in Berlin, Wiesbaden und Stuttgart gibt es weitere Regionalbüros. Neben dem Schüleraustausch ermöglicht AFS die Teilnahme an Freiwilligendiensten im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich. Der Verein finanziert sich aus den Teilnahme- und Vereinsbeiträgen, durch Spenden, Stiftungsmittel und öffentliche Gelder.

www.afs.de

Managing Gender – Implementierung von Gender Mainstreaming in psychosoziale Arbeitsfelder



Gender Mainstreaming ist eine 1999 im Amsterdamer Vertrag auf Europaebene begründete Programmik und EU-weite Strategie. Sie soll darauf hinwirken, den Anspruch auf Chancengleichheit von

Frauen und Männern in sämtlichen politischen Konzepten und Maßnahmen der EU und in allen Einrichtungen des öffentlichen Lebens europaweit umzusetzen. Gender Mainstreaming setzt an den Strukturen einer Organisation an und zielt auf eine geschlechterdemokratische Neuorganisation, vermittels derer die Gleichstellung der Geschlechter effektiv vorangebracht werden soll.

Im Kontext von Förderpolitik und Leistungsträgerschaft des Sozial- und Gesundheitsbereichs entwickelt sich »Gender« zunehmend zu einem handlungsleitenden Qualitätskriterium. Nach wie vor wird jedoch bei der konkreten Umsetzung geschlechterdemokratischer Strategien in Strukturen sozialer Organisationen in der Regel Neuland betreten.

Im Rahmen eines zweijährigen Modellprojektes »Gender Mainstreaming in Einrichtungen und Diensten der Suchthilfe und Psychiatrie (2006-2008)« wurden daher Wege zur Einführung und Umsetzung von Gender Mainstreaming entwickelt, erprobt und hinsichtlich weitergehender Konsequenzen evaluiert.

Das Kooperationsprojekt und die erzielten Ergebnisse sind Hauptgegenstand der vorliegenden Publikation.

Reinhilde Beck, Constance Engelfried (Hrsg.)
Managing Gender.

Implementierung von Gender Mainstreaming
in psychosozialen Arbeitsfeldern,
Augsburg 2009 • 24,80 EUR
ISBN 978-3-940562-36-4

KlimadetektivInnen in der Schule

Der Klimawandel und damit zusammenhängende Themenbereiche wie die Energiewirtschaft oder der globale Kohlenstoffkreislauf werden heute in verschiedenen Unterrichtsfächern behandelt. KlimadetektivInnen reicht das nicht aus: Sie wollen aktiv werden, denn sie haben verstanden, dass der Klimawandel ihre Zukunft mitbestimmt. Was liegt da näher, als zunächst einmal dafür zu sorgen, dass die eigene Schule »klimafreundlich« wird?! Doch wo soll man da anfangen? Genau hier setzt die Broschüre »Klimadetektive in der Schule« an.

Dabei können – von der 5. bis zur 10. Klasse – alle SchülerInnen mitmachen.

Weitere Infos gibt es unter:

www.umweltschulen.de/klima/

Die gute Tat:
„Mein schönstes Erlebnis“

Kalender von
Kindern mit
Behinderung

Spendenaktion des
Bundesverbandes Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.
Nicht im Handel erhältlich.
Kalender „Kleine Galerie 2010“
jetzt reservieren beim BSK e.V.
Altkrautheimer Straße 20
74238 Krautheim
Tel.: 0180 5000 314 (14 ct/min)
E-Mail: info@bsk-ev.org
Internet: www.bsk-ev.org

Bundesverband
Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.
BSK

Die Klassenfahrtseite

jede Woche neue Angebote

➔ www.schulfahrt.de

Tel. 0 35 04/64 33-0



Ohne Moos nix los!?

Start des bundesweiten SchülerInnen- und Jugendwettbewerbs der AWO rund um Konsum und Geld, Schulden und Armut

Hier mal schnell einen Klingelton downloaden, da mal das Sonderangebot der coolen neuen Klamottenmarke mitnehmen. Auch die Ratenzahlung für die neueste Spielkonsole klingt nicht schlecht – und das neue Smartphone muss schon sein. Die Welt ist voller verlockender Angebote. Nur blöd, dass am Ende des Taschengeldes noch soviel Monat übrig ist.

Rund 3 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik sind überschuldet – und immer mehr Jugendliche geraten in die Schuldenfalle. Den Konsumwünschen von Kindern und Jugendlichen steht ihre fehlende Finanzkompetenz in einer Gesellschaft mit vielfältigen Konsumangeboten und komplexen Finanzprodukten gegenüber. Für Schule und Jugendhilfe ist daher wichtig, Jugendliche beim Erwerb von Finanzkompetenzen zu unterstützen und ihnen die Probleme von Konsum und Geld, Schulden und Armut bewusst zu machen.

Im Rahmen des »Europäischen Jahres der Armut und Ausgrenzung 2010« möchte die AWO die finanzielle Bildung von Schülern und Schülerinnen in den Fokus rücken. Dazu wird erstmals ein bundesweiter SchülerInnen- und Jugendwettbewerb ins Leben gerufen, der dazu anregt, sich

mit gesellschaftspolitischen Fragen zu Konsum, Geld und Armut kritisch und kreativ auseinanderzusetzen.

Das Thema

Unter dem Motto »Ohne Moos nix los!« werden eine Reihe von Themen rund um Konsum, Geld und Armut zur Bearbeitung vorgeschlagen. Die Themen sind inhaltlich und didaktisch so formuliert, dass die altersspezifischen Anforderungen aller Klassenstufen berücksichtigt werden (Sekundarstufe I und II sowie Berufsschüler und -schülerinnen). Aus einem Block von vier Themen kann sich jede teilnehmende Klasse, Gruppe oder Einzelperson ein Thema frei zur Bearbeitung aussuchen.

Dazu startet die AWO einen bundesweiten Wettbewerb für Jugendliche, um

- einen Anstoß für Jugendhilfe und Schule zu geben, sich mit diesem wichtigen Bildungsthema zu befassen;
- Jugendliche anzuregen, sich mit Fragen von Konsum, Geld, Schulden und Armut auseinanderzusetzen;
- Fachkräfte der Jugendhilfe, Lehrer und Lehrerinnen mit Hinweisen zu Methoden und Unterrichtseinheiten zu unterstützen, um dieses Thema aufzugreifen;
- mit einer Preisverleihung auf Landes- und Bundesebene inhaltliche Anregungen und Beiträge von Jugendlichen öffentlich bekannt zu machen.

Projekte können in Form von Texten, Video, Zeichnungen, Druckwerken, Bildern oder Collagen, CD-ROM oder DVD eingereicht werden.

Dabei können zum Beispiel folgende Fragestellungen aufgegriffen werden:

- Wenn du keine Statussymbole und Markenklamotten hast, gehörst du nicht dazu!
- Wie hängen Geld, Konsum, Dazugehörigkeitsgefühl und gesellschaftliche Teilhabe zusammen?
- Wer besser planen kann, ist besser dran: cleverer Umgang mit Geld und Konsum. Was gehört dazu?
- Sparen oder Kredit, wie plant man gut?
- Das Taschengeld reicht nicht, und nun?
- Auf dem Weg zur Selbstständigkeit, wieviel Luxus brauche ich? Wofür reicht das Geld?
- Werbung von Banken, was steckt dahinter? Werbung für Konsumgüter – die pure Verführung?
- Raus aus der Armut – aber wie?

Sämtliche Ausschreibungsunterlagen sind im Internet abrufbar unter:

www.awo-schuelerwettbewerb.org

Die Termine:

Der AWO-Wettbewerb startet offiziell am 3. Januar 2010.

Einsendeschluss für die Wettbewerbsbeiträge ist der 30. Juni 2010.



Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!

Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

HOTLINE: 07221/39 39 30

Gurzenhachstr. 8, **76530 Baden-Baden**

www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatambulanz für psychologische Medizin
Akutaufnahme möglich, wir beraten Sie gern!

Von hier an geht es aufwärts!



isw-Report 78:

»Die Große Krise«

40 Seiten • 3,50 Euro zzgl. Versand
Bestellungen: Tel. 0 89-13 00 41(AB)
isw_muenchen@t-online.de

In der »Großen Krise« unserer Tage, inmitten der Pleite des neoliberalen Modells kommt es zu einer Neuvermessung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, von Kapital und Arbeit – ohne dass die abhängig Beschäftigten und ihre Organisationen bislang versucht hätten, aus ihrer Rolle als »subalterne« herauszukommen.

Frank Deppe fragt am Beispiel Deutschlands, worauf diese Lähmung der Gewerkschaften zurückzuführen ist und wie sie überwunden werden kann.

Bernd Riexinger prüft das konkrete Vorgehen der deutschen Gewerkschaften in der Krise und weist die Vorstellung zurück, es gäbe gemeinsame Interessen von Kapital und Arbeit, um aus der Krise herauszukommen.

Wolfgang Müller widmet sich der Rolle der chinesischen Gewerkschaften, die sich in der Krise weg von einem Umsetzungsorgan für Regierungsebenen und Unternehmensleitungen hin zu einer zunehmend eigenständigen Vertretung der Beschäftigten entwickeln.

Konsequent und solidarisch: Toni Sagerer



Toni Sagerer ist tot. Viele von uns haben ihn gekannt, gemocht und bewundert. Er war 58 Jahre Gewerkschaftsmitglied, erst Postgewerkschaft, dann GEW.

Für die positive Entwicklung der Elektroberufsschulen in München (»BBZ Riesstraße«) war er unverzichtbar. Wenn er jetzt da wäre, würde er eine abwehrende Handbewegung machen:

Ich hab' doch gar nichts gemacht. Natürlich hat er was gemacht. Aber was noch wichtiger war: Er hat als Vorbild gewirkt, sowohl den »Lehrlingen« gegenüber als auch dem Kollegium.

Toni war konsequent.

Er war konsequent in der Liebe zur Sache. Seine Sache war es, die Auszubildenden dahin zu bringen, dass sie fachlich gut waren in ihrem künftigen Beruf. Aber auch, dass sie lernen, ihre Interessen zielgerichtet und selbstbewusst zu vertreten. Wenn es darum ging, ihre berechtigten Interessen durchzusetzen, war Toni deutlich »auf ihrer Seite«.

Ebenso konsequent solidarisch war er mit den Kolleginnen und Kollegen – besonders den Jüngeren. »Wir brauchen keine Märtyrer« war deshalb sein häufiger Satz Anfang der 70er-Jahre. Und es standen, wenn eine Forderung der GEW-KollegInnen

an die Schulleitung oder an das Schulleiterat ging, nicht die Namen der »Jungen« darunter, sondern: Sagerer – für die GEW.

Konsequent menschlich war Toni. Er war klar, eindeutig, mochte es nicht, wenn man »so rumtut« oder taktiert. Nur im »Politischen«, da musste man taktieren. Besonders mit dem wohl wichtigsten Satz, den er uns jungen KollegInnen mit auf den Weg gegeben hat: »Wo steht das?« Das hieß: Wenn Schulleitung oder Schulleiterat uns etwas aufs Auge drücken wollten, sollten wir immer erst zurückfragen: Wo steht das? Eine wirksame Taktik!

Toni war auch konsequent, wenn es darum ging, sich gegen Unfreiheit und Willkür zu wehren. Dass er sich das Recht erstritten hat, eine Flasche Bier in der Lehrerkonferenz zu trinken, hat uns gezeigt, dass man durch konsequentes Sich-Wehren Willkür (darum ging es in Wahrheit) verhindern kann.

Dieses genaue Gespür für Unfreiheit und Willkür – und wohl auch die Kriegs- und Nachkriegsjahre, die er als Jugendlicher und junger Mann erlebt hat – haben Toni zu einem wahren Antifaschisten werden lassen.

Übrigens: Was wir konsequent nennen, wurde von den »Oberen« oft als stur bezeichnet. Stur und unbequem sein. So mochte er es.

Toni hat als Freidenker nicht an ein Weiterleben nach dem Tode geglaubt. Vielleicht kann er eine Art des Weiterlebens doch akzeptieren: Er wird weiterleben in unseren Gedanken und Erinnerungen. Danke, Toni.

Schorsch Tillmann

Distanz und Nähe – Herbert Scherbaum ist tot

Wanderarbeiter in Sachen Bildung, miese Löhne, Scheinselbstständigkeit und befristete Beschäftigung: Wer die Arbeitsverhältnisse in der Weiterbildung bessern und zu diesem Zweck die Beschäftigten organisieren will, kennt die schwierigen Zustände genau. Das wollte und das tat unser Kollege Herbert Scherbaum, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der bfz gGmbH und gute zehn Jahre Mitglied der GEW.

Tarifverhandlungen mit dem bfz waren immer schwierig: ein mächtiger, hartnäckiger, unnachgiebiger Arbeitgeber, ein schwacher gewerkschaftlicher Organisationsgrad, dazu in den Jahren nach 2003 die Krise in der Weiterbildung. Herbert Scherbaum, von Anfang an dabei, hatte glasklare Vorstellungen vom Interessenkonflikt zwischen Arbeitgeber und Beschäftigten, ausgeprägte analytische Fähigkeiten, geschärfte Urteilskraft: »Kolleginnen und Kollegen, die Konkurrenz in der Weiterbildungsbranche wird auf eurem Rücken ausgetragen. Man lebt aber nicht, um für nichts zu arbeiten, sondern man arbeitet, um davon so gut wie möglich zu leben. Wenn ihr das wollt, müsst ihr den Unternehmen eine Gegenwehr entgegensetzen. Nur durch eine Organisation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und durch eine starke Gewerkschaft kann die laufende Verschlechterung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen gestoppt werden.« (Aus einem Tarifinfo vom Oktober 2005)

Wenn er redete, hatte er etwas zu sagen, kein Wort war überflüssig. Spätestens nach einer Stunde war eine Zigarettenpause fällig, sonst wurde er unruhig. Ich habe ihn nie aufgeregt gesehen, nie erregt reden gehört, obwohl er sich (auch über mich) geärgert hat. Seine Konzentration und seine geistige Präsenz

drückten sich aus in einem unablässig wippenden Bein, manchmal in einem sphinxhaften Lächeln. Er sprach schnörkellos, verständlich, inhaltlich dicht und plausibel, sodass man die eigene Position glänzend dargestellt und die Gegenseite beeindruckt fand. Um Analysen und Argumente nie verlegen, war er überaus vorsichtig, wenn zu diskutieren und zu entscheiden war, wie ein Interessenkonflikt, z. B. der um bessere Entgelte, auszutragen und wirksam zu führen ist, wenn auch die besten Argumente nicht zu einem guten Abschluss führen. Seine Sichtweise auf das Kräfteverhältnis wie auf die Mittel des Arbeitskampfes war prinzipiell pessimistisch. Er rechnete stets mit der ganzen Härte der Arbeitgeber und, andererseits, mit nur begrenzter Mobilisierbarkeit der Beschäftigten. Erreichtes wollte er nicht gefährden.

Nach der Diagnose Krebs im Herbst 2005 und einer längeren Therapie hat er sich noch über ein Jahr an der Tarifarbeit beteiligt – als wäre nichts passiert. Er achtete strikt auf seine Privatsphäre, war immer diskret, sprach von sich aus nie über seine Krankheit.

Wenige Tage vor seinem 55. Geburtstag ist er im September dieses Jahres gestorben. Es bleibt die Erinnerung an einen freundlichen, umgänglichen, für Witz und Ironie zu habenden Mann, der seine geistige Unabhängigkeit bewahrte und eine gewisse Reserve gegenüber der Organisation nicht aufgab. Leute mit seiner Denke täten der GEW gut. Er hielt auf Distanz und war ganz nahe dran an der Sache der abhängig Beschäftigten. Ihn nicht mehr dabei zu wissen, schmerzt persönlich und macht die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit im bfz-Konzern noch etwas schwieriger.

Peter Weiß, Tarifkommission bfz

Andreas Salomon wurde die Bezirksmedaille des Bezirkes Oberbayern verliehen

Der langjährige Kreisvorsitzende der GEW Rosenheim, Andreas Salomon, erhielt für seine Verdienste um den Bezirk Oberbayern die Bezirksmedaille im Bereich Kultur verliehen – vermutlich der erste Linke überhaupt, dem diese Ehre zuteil wurde, mit welcher in der Regel das Engagement in Schützen- und Trachtenvereinen sowie das Erforschen der regionalen Historie ausgezeichnet wird.

Um Letzteres hat sich auch Andreas Salomon verdient gemacht, und zwar um die lokale Geschichtsschreibung von Kolbermoor, der kleinen Stadt in Oberbayern, in der er seit Jahrzehnten lebt. Bei seiner Laudatio war dem Bezirkstagspräsidenten Mederer deutlich anzumerken, dass »Novemberrevolution« und »Räterepublik« nicht zu seinem üblichen Begriffsrepertoire gehören. Aber es ist genau jene Zeit, deren Geschehnisse Andreas Salomon in langjähriger Arbeit dem Verschweigen und Vergessen entriss: Der damalige Kolbermoorer Bürgermeister Georg Schuhmann und sein Sekretär Alois Lahn wurden damals von den weißen Freikorps ermordet. Nichts aber erinnerte daran. Seit dem Jahr 2000 gibt es nun in Kolbermoor nicht nur ein Denkmal, das auf den Mord hinweist, sondern auch ein Angebot historischer



Stadtrundgänge zu den wichtigsten Schauplätzen der Jahre 1918/1919. Andreas und die von ihm mitbegründete Geschichtswerkstatt haben das erreicht. Und nicht nur das.

Ein weiteres dunkles Kapitel wurde von ihm ebenfalls aufgeblättert: der 1943 begonnene Einsatz von 1000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in Kolbermoorer Fabriken. Auch hier lässt er nicht locker, erreichte die Einladung einer ehemaligen Zwangsarbeiterin ins Kolbermoorer Rathaus und fragt die betroffenen Unternehmen nach Entschädigung für die noch Lebenden.

Auch sein Engagement für die GEW wurde bei dieser Ehrung gewürdigt, besonders die von ihm angebotenen Exkursionen für LehrerInnengruppen durch ehemalige Konzentrationslager oder auf den Spuren der »Weißen Rose«, mit denen er engagierte LehrerInnen unterstützen möchte, in den Schulklassen eine sinnvolle Auseinandersetzung mit der historischen Wahrheit anzubieten.

»Mit Ihrer Hartnäckigkeit verhindern Sie, dass die Opfer im Dunkel der Geschichte verschwinden. Sie wecken bei Lehrern und Schülern das Interesse für die historische Wahrheit. Für Ihr jahrzehntelanges Engagement sagen wir Ihnen heute mit unserer Auszeichnung herzlichen Dank!«, so Bezirkstagspräsident Mederer. Dem ist nichts hinzuzufügen, lieber Andreas!

Karin Just

Interessante Veranstaltungen ab Januar 2010

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: sg@bayern.gew.de

14.01.10	Frühförderfachdienste. Was sie leisten und welche es gibt. Mit Wolfgang Greza. Veranstaltung der GEW Garmisch Partenkirchen-Weilheim-Schongau.	Referat mit Diskussion	Peiting Gasthaus Dragoner, 19.30 Uhr
20.01.10	Die UN-Konvention zu den Rechten der Menschen mit Behinderung und ihre Umsetzung in Bayern. Mit Irmgard Badura, Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung. Eine Veranstaltung der Fachgruppen Grund-, Haupt- und Förderschulen München. (Näheres siehe S. 17)	Offener Fachgruppenabend	München DGB-Haus, 19.00 Uhr
04.02.10	Pretty Cool System. Leben und Lernen an der Demokratischen Schule in Hadera (Israel). Eine Filmreihe von GEW Augsburg und Thalia-Kino Augsburg. (Weiteres siehe S. 22)	Filmreihe	Augsburg Thalia-Kino, 19.00 Uhr
18.02.10	Demokratische Schulen – Keine Hausaufgaben und den ganzen Tag Pause. Eine Filmreihe von GEW Augsburg und Thalia-Kino Augsburg. (Weiteres siehe S. 22)	Filmreihe	Augsburg Thalia-Kino, 19.00 Uhr
24.02.10	Energiesparprojekte an Förderschulen. Praktische Umsetzung und Beispiele. Mit Siggie Grob. Eine Veranstaltung der Fachgruppe Förderschulen München.	Infoveranstaltung	München DGB-Haus, 19.00 Uhr

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, bitte per E-Mail anfordern. Ein Eintrag in die Mailinglist ist jederzeit widerruflich!

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, sg@bayern.gew.de, Tel. 0 89-54 40 81 16, Fax: 0 89-5 38 94 87
 ** Teilnahmegebühr

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • KJ@bayern.gew.de

Ansbach Termine/Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Mittwoch oder 1. Donnerstag im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr Stammtisch u. Vorstands-Treff, Mann's Bräu, Friedrichstraße, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Loreley, Herrngasse, Coburg
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr
Arbeitslosenberatung: jd. 1. + 3. Mittwoch im Monats, 17-19 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Meierhof, Bammersdorferstr. 1
Kontakt: Markus Weinberger, ☎ 0 91 91/97 44 51

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt erweiterte Vorstandssitzung jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Café/Bistro »Brezels«, Am Paradeplatz, Ingolstadt
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68
oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Memminger Waldhorn, Waldhornstr. 11, Memmingen
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/8 31 92 81, gew-unterallgaeu@gmx.de

Mittelfranken AK Gewerkschaftlicher Durchblick
jeden Dienstag, 21.00 Uhr
Kontakt: Geschäftsstelle BV Mittelfranken, ☎ 09 11/6 58 90 10

München AK Personalräte und Vertrauensleute
monatliche Treffen, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16
und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot
Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)
Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 01 70-5 43 04 55

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr
Kontakt: sabine.herzig@bayern.gew.de

München Fachgruppe Realschulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, fam.lungmus@t-online.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni
Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU,
Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Fontana, Gesandtenstr. 18
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57, www.gew-rosenheim.de

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Metropolis, Gutermannpromenade
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Reichelbräustüberl, Ackerstraße, Nähe JUZ
Kontakt: Richard Dütsch, ☎ 09 61/6 34 39 34

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

Würzburg jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 20.00 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91

www.gew-bayern.de